

die Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung wurde verbessert, die Arbeitsgerichtsbarkeit eingeführt; der Mieterschutz ist geschaffen, Hunderttausende gesunder Wohnungen sind gebaut worden. Zu all diesem kommt noch die Fülle von Einzelleistungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, im Reich ebenso wie in den Ländern und den Gemeinden.

Seit einigen Jahren sehen wir dagegen fast überall Stillstand und Rückschritt. Die wesentlichste Ursache dafür ist die schwere Wirtschaftskrise, die auf Deutschland lastet. Es gibt zwar fast kein Land auf der Erde, das nicht gleichfalls unter der Wirtschaftskrise zu leiden hätte, allen voran das reiche England und das reiche Amerika. In Deutschland verschlimmerte sich die Lage noch dadurch, daß wir Reparationsleistungen an die früheren Kriegsgegner zu zahlen haben. An der wirtschaftlichen Krise ist der Kapitalismus schuld, dessen planlose Produktionsweise zu einer Weisel für die arbeitende Menschheit geworden ist. Für die Reparationsleistungen tragen diejenigen Kreise die Verantwortung, die Deutschland in den furchtbarsten aller Kriege führten und sich feige vertriehen, als das deutsche Volk unter der ihm aufgebürdeten Last zusammengebrochen war.

Nun sagen Sie aber in Ihrem Briefe weiter: „Es wird sich nun zeigen müssen, ob Sie die Macht haben, und die haben Sie, unsere Lage zu verbessern.“ Unter Macht versteht man einen Zustand, in dem es einem einzelnen oder einer Masse von Menschen möglich ist, den eigenen Willen unter allen Umständen durchzusetzen. Hat die Sozialdemokratie diese Macht? Der Reichstag vom 14. September 1930 zählt 577 Mitglieder, davon gehören aber nur 143 zur Sozialdemokratie. In der Reichsregierung sibt kein einziger Sozialdemokrat. Die Sozialdemokratie hat zwar bisher die Regierung Brünning toleriert, sie tat das aber nur, um die deutsche Arbeiterklasse vor Schlimmerem zu bewahren. Nämlich vor der Errichtung einer faschistischen Herrschaft nach italienischem Muster, die das Ende aller politischen und geistigen Freiheiten gebracht, die das arbeitende Volk in die gleiche wirtschaftliche Verflawung gestürzt hätte, wie wir es schaudernd an Italien erleben. Dem deutschen Proletariat geht es gewiß sehr schlecht; es geht ihm aber noch wesentlich besser als dem Proletariat in Italien. Es geht ihm auch noch unendlich besser als dem Proletariat in Rußland, dem Lande mit der niedrigsten Lebenshaltung, mit den schlimmsten sozialen Verhältnissen, mit der furchtbarsten Wohnungsnot.

Und jetzt kommen wir zu der abschließenden Antwort auf Ihren Brief. Die Sozialdemokratische Partei wendet ihren ganzen Einfluß auf, um die Angriffe der besitzenden Klassen auf das arbeitende Volk abzuwehren. Aber sie hat noch nicht die Macht, um das kapitalistische System mit einem Schläge zu beseitigen und an seine Stelle eine höhere Gesellschaftsform, die sozialistische Ordnung, zu setzen. An Sie und die anderen Millionen Namenlosen richten wir daher den Ruf, nicht allein zu klagen, sondern mit uns gemeinsam zu kämpfen. Es genügt nicht, bei Wahlen die Stimme für die Sozialdemokratie abzugeben, und mag das auch durch Jahrzehnte hindurch geschehen sein. Aus dem sozialdemokratischen Wähler muß der sozialdemokratische Parteigenosse werden, aus dem Sympathisierenden der organisierte Mitstreiter. Wir haben noch nicht die Macht, aber wir wollen sie erringen. Und wir werden diese Macht um so eher erringen, je zahlreicher auf die Frage unseres Parteivorstandes: „Wo bleibt der zweite Mann?“ die Antwort kommt: Auch wir wollen dabei sein, auch wir wollen mit der Sozialdemokratischen Partei gegen die Anschläge der Reaktion und für die Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens kämpfen!

Schacht der Retter ist da!

Er will wieder einmal Diktator werden.

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat im Düsseldorf Industrieklub, dem die ganz Großen aus der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie angehören, eine Rede gehalten, in der er sich wieder einmal mit der „Rettung Deutschlands“ beschäftigte. Deutschland sei im Auslande, so formuliert der frühere Reichsbankpräsident, nicht mehr kreditfähig. Schuld sei die von Deutschland betriebene Finanz- und Wirtschaftspolitik. So sei der Augenblick gekommen, in dem sich alle Kreise zusammensetzen müßten, um gegen die internationale und sozialistische Idee vorzugehen. Ein Volksentscheid müsse die Entscheidung bringen, ob eine Gruppe von Vertrauensmännern an die Spitze des Reiches (versteht sich unter Führung von Dr. Schacht, Red.) treten solle.

An diese Diktaturrede Schachts schloß sich eine Diskussion. Die Schachtischen Ausführungen scheinen also bei den anwesenden Schwerindustriellen nicht alle Bedenken zerstreut zu haben. Worauf sich Schacht entschloß, weitere Ausführungen zu machen. Sie bewegten sich in folgendem Rahmen:

Wenn Deutschland das Moratorium beantragt und die Reparationszahlungen einstellt, so brauche man keine Angst vor Kreditkündigungen zu haben. Jeder Kaufmann wisse, daß, wenn man den Kredit kündigt, man nicht ohne weiteres sein Geld erhalte. Außerdem komme für Deutschland die Aufnahme weiterer Kredite sowieso nicht mehr in Frage. Dagegen müsse man die allerdings unwahrscheinliche Möglichkeit ins Auge fassen, daß auf Grund der Sanktionsklausel des Young-Plans politische Maßnahmen gegen Deutschland ergriffen werden. Die inneren Reformen müßten also in dem Augenblick, in dem die Zahlungen gelündigt werden, einsehen. Mit dem Parlament sei das nicht zu machen, wohl aber mit einem Aktionsausschuß, der mit langfristigen Vollmachten ausgerüstet sei und der innerhalb eines bestimmten Rahmens eingeleitet werde.

Daß die „Retteridee“ bei Schacht schon seit langem krankhafte Erscheinungen angenommen hat, ist bekannt. Wer bisher daran zweifelte, wird durch seine Rede im Düsseldorf Industrieklub eines anderen belehrt. Eine andere Frage ist, wie lange sich das Reich die Unterminierung seines Kredits durch einen national verwehrloster und verantwortungslosen Menschen wie Dr. Schacht noch gefallen lassen will?

Die polnischen Arbeiterpartei hat bei den Wahlen für den 17. Zionskongress Ende Juni in Basel 62 Prozent aller Stimmen in ganz Palästina erhalten, ihr Hauptgegner, die „Revisionisten“, nur 17 Prozent. Im Vergleich mit den Wahlen zur jüdischen Nationalversammlung am Jahresanfang bedeutet das Wahlergebnis einen Stimmenzuwachs von 14 Prozent für die Arbeiterpartei.

Blutige Krawalle in N und SO

Ein Toter, mehrere Schwerverletzte, darunter drei Schupos.

In der Stallger Straße, unweit des Görlitzer Bahnhofes, kam es gegen 23 Uhr zu folgendem Tumult zwischen Kommunisten und Stahlhelmlern, die sich offenbar in größeren Trupps zum Görlitzer Bahnhof begeben wollten und von dort nach Breslau zu dem dort stattfindenden Stahlhelmlag abzufahren. Die Gegner schlugen mit Hochrufen aufeinander ein und es entspann sich eine regelrechte Straßenkrawalle.

Als die Polizei, die zuerst ziemlich schwach vertreten war, Verstärkung erhielt, konnten die Straßenzüge gelöst werden. Ein älterer Mann, der offenbar dem Stahlhelm angehört, wurde mit einer Schußverletzung tot aufgefunden. Er ist vermutlich im Handgemenge von Gegnern niedergeschossen worden. Ein Polizeioberwachmeister des 108. Polizeiregiments wurde von einer größeren Zahl Kommunisten umringt und durch Messerstiche in den Kopf schwer verletzt. Der Beamte mußte in das Staatskrankenhaus gebracht werden.

Starke Polizeipatrouillen sorgten dafür, daß weitere Zusammenrottungen verhindert wurden. Eine Reihe von Personen, die an der folgenschweren Schlägerei beteiligt waren, wurde festgenommen und der Abteilung IA des Polizeipräsidenten zugeführt. Auch die Umgebung des Senefelderplatzes wurde

knapp eine Stunde zuvor, wo sich ebenfalls eine Schlägerei zwischen Stahlhelmlern und Kommunisten abgepielt hatte und wobei zwei Schupobeamte Schußverletzungen erlitten, unter starker Beobachtung gehalten, so daß es zu weiteren Zwischenfällen nicht mehr gekommen ist.

Der Erschossene, der, wie wir spät abends erfahren, Mitglied des Stahlhelms ist, ist ein 62-jähriger Maurer August Hahn aus Friedrichsfelde. Er wurde von einer Kugel in den Kopf getroffen und auf der Stelle getötet.

Zu dem blutigen Zwischenfall am Senefelder Platz erfahren wir noch, daß außer den beiden Polizeibeamten dem Hauptwachmeister Schent und dem Oberwachmeister Schottstedt noch ein völlig unbeteiligter Passant durch einen Schußverletzung schwer verletzt worden ist. Es handelt sich um den 34-jährigen Arbeiter Albin Bramann aus der Christinenstraße.

B. hatte mit seiner Frau ein Kino aufgesucht und befand sich auf dem Heimwege. Er wurde von einer abirrenden Kugel getroffen und brach bewußtlos zusammen.

Die politische Polizei hat sofort alle Schritte unternommen, um auf die Spur der Täter, die im Dunkel der Straßen flüchten konnten, zu kommen.

Gerüchte um Dietrich.

Rücktritt des Reichsfinanzministers. — Nachfolger Dr. Bracht?

Böln, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Die „Essener Allgemeine Zeitung“ hatte eine Unterredung mit dem Oberbürgermeister von Essen, Dr. Bracht, veröffentlicht über die Frage, ob Bracht auf den Rücktritt in die Regierung Brünning einzutreten. Die „Kölnische Zeitung“ nimmt auf diese Veröffentlichung Bezug und schreibt, man verrate kein Geheimnis, wenn man mitteilt, daß die Essener Zeitung auf einen Ersatz Dietrichs durch Bracht hingiele.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt dann über die Stellung des Reichsfinanzministers u. a. folgendes: „Daß die Stellung Dietrichs nicht mehr so stark ist wie in dem Augenblick, als er die glückliche Formulierung von dem „Staatsvolk“ und dem „Interessentenhaufen“ fand, läßt sich nicht länger mehr verheimlichen. Geschadet hat Dietrich vor allem sein mangelnder Ueberblick über die Entwicklung des Wirt-

schaftsanges und damit über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Reichseinnahmen. Außerdem hat er häufig eine allzu einseitige Betrachtungsweise an den Tag gelegt, die das Schicksal der anderen Körperschaften, insbesondere der Gemeinden, allzu sehr außer acht ließ. Man wird abwarten müssen, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Jedenfalls werden die bevorstehenden Enthüllungen über die tatsächliche Finanzlage des Reiches und die anscheinend den früheren Regierungsversprechungen strafs zuwiderlaufenden Lastenvermehrungen die Stellung des immer so optimistischen Finanzministers Dietrich nicht sehr befestigen.“

Dazu ist festzustellen, daß der Reichsfinanzminister schon vor Monaten die Absicht geäußert hat, zum nächstmöglichen Termin aus dem Amte zu scheiden. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß sein Rücktritt erfolgen wird, ehe die neue Sanierungsgefeßgebung unter Dach und Fach ist.

Eine weltfremde Debatte.

Kriminalisten und Schwangerschaftsunterbrechung.

Essen, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Am zweiten Tag der Essener Tagung der Internationalen kriminalistischen Vereinigung wurden zwei Referate über den übergesetzlichen Notstand behandelt. Unter gesetzlichem Notstand sind Fälle zu verstehen, in denen jemand zwar rechtswidrig handelt, aber um ein höheres Rechtsgut zu schützen ein minderes verletzt. Damit standen die Schwangerschaftsunterbrechung zur Diskussion und gleichzeitig die Fememorde.

Es war das Verdienst des Berliner Rechtsanwalts Proll, die Versammlung gelehrter Juristen darauf aufmerksam zu machen, daß die Tatsache, daß man einen übergesetzlichen Notstand als Annahme braucht, beweist, daß mit den bisherigen Prinzipien der Strafrechtsfrage nicht auszukommen ist und es sittliche Forderungen gibt, die im Widerspruch zu den Befehlen stehen. Zwar sagte auch Proll nichts von der sozialen Indikation, aber sein Hinweis darauf, daß wir eben vor einem neuen Zeitalter der Strafrechtsfrage und neuen Begriffen stehen, wirkte doch wie ein Wetterleuchten auch in Essen. Es herrschte völlige Einigkeit darüber, daß es sich bei der Schwangerschaftsunterbrechung um eine gegenwärtige, nicht anders abwendbare Gefahr handeln müsse, und damit war der soziale Gedanke erledigt, denn die soziale Gefährdung des kommenden Kindes durch das kommende Kind ist eben keine gegenwärtige, sondern eine künftige Gefahr, die bei der sozialen Indikation nicht in Rechnung gestellt werden soll. Ob die Vernichtung der Leibesfrucht im Falle von Vergewaltigung oder Blutschande erfolgen dürfe, wurde überhaupt nicht erwähnt. Dagegen fand es keinen Widerspruch, als von den sogenannten Fememorden abgerückt und der übergesetzliche Notstand verneint wurde.

Gegen die Todesstrafe. Eine Erklärung namhafter Juristen.

Die unterzeichneten namhaften Juristen haben gelegentlich der Essener Tagung der Internationalen kriminalistischen Vereinigung folgende Entschiedenheit gegen die Todesstrafe geäußert und der Öffentlichkeit übergeben:

„Aus Anlaß der gegenwärtigen Lage der Reform der Strafrechtsgefeßgebung Deutschlands erklären die unterzeichneten Theoretiker und Praktiker des Strafrechts, daß es der schweren Verantwortung über eine Grundfrage des künftigen Strafrechts widersprechen würde, wenn die Frage der Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe unter dem Eindruck von Einzelfällen entschieden würde. Bei der Stellung zur Todesstrafe offenbart sich die Grundhaltung des Strafrechts. Zum Schutz von Staat und Gesellschaft gegen die schärfste Form gemeingefährlicher Kriminalität sind entsprechend den heutigen kriminalpolitischen Forderungen unbestimmte Beurteilung oder Sicherungsverwahrung die gebotenen Maßnahmen. Der Todesstrafe bedarf es nicht. Ihre Beibehaltung würde im verhängnisvollen Widerspruch gegen die Anfänge bedeuten, auch im Strafrecht an die inneren Kräfte eines sozialen Wiederaufbaues anzuknüpfen.“

Professor Dr. Ullrich, Professor Dr. Bellachrist, Hamburg. Justizrat Dr. Drucker, Oberreichsrat Dr. Frede, Weimar. Professor Dr. Goldschmidt, Berlin. Professor Dr. Grünhut, Oberverwaltungsrat Dr. Hagemann, Berlin. Sena v. Körber, Leipzig. Dr. Krebs, Berlin. Justizrat Dr. Löwenstein, Berlin. Professor Dr. Mittermeier, Gießen. Professor Dr. Radbruch, Heidelberg. Landgerichtsrat Sachs, Berlin. Professor Dr. Eberhardt Schmidt, Hamburg. Professor Dr. Erik Wolf, Freiburg im Breisgau.

Deutschland protestiert in Paris.

Gegen das mehrfache Aufsuchen französischer Militärflugzeuge.

Die Reichsregierung hat am Freitag den deutschen Botschafter in Paris beauftragt, bei der französischen Regierung wegen der wiederholten Ueberfliegung deutschen Gebietes durch französische Militärflugzeuge erste Vorstellungen zu erheben.

Zehn Jahre Burgenland.

Aus dem Kampf der Dorthy-Banden.

Im Verleumdungsprozeß des Gardemajors Viktor Ranzberger gegen einen der Führer des „westungarischen Aufstandes“ wider die Abtretung Burgenlandes an Oesterreich, Oberleutnant a. D. Baron Paul Bronay, einem der berühmtesten Weisheitslehrer, wurde nach geheimer Verhandlung das Urteil verkündet. Bronay wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 6000 Pengé Geldstrafe wegen zweifacher Verleumdung verurteilt. Die Urteilsbegründung unterrichtet über den Sachverhalt, indem sie ausführlich: „In seinem Streben nach Geltung widersehte sich der Angeklagte der Aufforderung, Bestungarn zu räumen.“

Seine persönliche Eitelkeit bewog ihn, mit seinem Bild versehene Denkmünzen des Leitha-Banats prägen und Briefmarken mit seinem Bildnis drucken zu lassen. Seine Verfügungen standen im Widerspruch zu den Interessen des Staates und des Leitha-Banat war eigentlich für seine eigene Person organisiert worden. Die Beschuldigung des Angeklagten gegen die Offiziere, daß sie alte Gewehre gestohlen hätten, ist unbegründet. Die Behauptung, daß Ranzberger von der Fälschung von Kassabüchern Kenntnis gehabt hätte, blieb unbewiesen. Das Beweisverfahren des Angeklagten ist also auf der ganzen Linie mißlungen und der Gerichtshof stellte fest, daß der Kläger aus dieser Affäre intakt hervorgeht, während der Rimbuss des Angeklagten Abbruch erlitten hat.“

Das Sowjet-U-Boot aufgegeben!

Sevingsarbeit eingestellt.

Moskau (über Rowan), 29. Mai.

Der Oberbefehlshaber der baltischen Flotte, Bistrom, meldete dem Kriegskommissar Woroschilow, daß die Versuche zur Rettung des U-Bootes 9 gescheitert seien. 27 Mann waren an Bord. Die Regierung will das U-Boot 9 für heldenhafte Untergehen — mit dem Orden Lenin ausgezeichnet. . .

Fried erfahrungsfähig.

Aufhebung des Vertrages mit Schulze-Raumburg.

Weimar, 29. Mai.

Im Landtag von Thüringen wurde heute nachträglich der Vertrag mit Professor Dr. Schulze-Raumburg zur Genehmigung vorgelegt. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Vertrag abzulehnen, wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschen Staatspartei und Deutschen Volkspartei, mit Ausnahme eines Abgeordneten, der sich der Stimme enthielt, gegen die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und einen Abgeordneten der Wirtschaftspartei bei Enthaltung der Landvolkpartei und der übrigen Abgeordneten der Wirtschaftspartei angenommen. Der Vertrag ist damit aufgehoben.

Außerdem wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, nach dem für alle aus der Ungültigkeitserklärung des Vertrages sich ergebenden etwaigen finanziellen Folgen der damalige Volksbildungsminister Dr. Fried erfahrungsfähig gemacht wird. Die Annahme dieses Antrages erfolgte mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Enthaltung der Deutschen Volkspartei gegen die Stimmen der übrigen Parteien.

Der Landtag nahm ferner eine sozialdemokratische Entschließung an, die besagt, daß der Landtag die Berufung des nationalsozialistischen Rasseforschers Günther an die Universität Jena mißbilligt, da ein sachliches wissenschaftliches Bedürfnis für diese Berufung nicht vorlag und die Neuerrichtung überflüssiger Lehrstühle bei der finanziellen Notlage des Landes Thüringen nicht verantwortet werden kann. Für diese Entschließung stimmte auch die Deutsche Volkspartei.

Eine weitere Entschließung der Sozialdemokraten, die vom Landtag angenommen wurde, besagt, daß der Landtag eine besondere hauptamtliche Kurator-Stelle für die Universität Jena für überflüssig halte. Ebenso sei die Tätigkeit eines nebenamtlichen Kurators entbehrlich. Mit dieser Stelle war von Fried der deutschnationale Abgeordnete Dr. Herfurth betraut worden.

Die Nationalsozialisten stimmten im weiteren Verlauf der Sitzung u. a. dem Etat für die Kirchen zu, in dem auch die Ausgaben für die Rabbiner enthalten sind. Diese Feststellung rief lebhafteste Heiterkeit hervor.

Ein Stadtstandal.

Stadtverordnetenversammlung von Reutlingen aufgefliegen

Reutlingen, 29. Mai. (Eigenbericht.)

In Reutlingen ist infolge eines sehr merkwürdigen Verhaltens des vor zwei Jahren gewählten Oberbürgermeisters Dr. Haller die Stadtverordnetenversammlung aufgefliegen. 22 Stadträte der Sozialdemokratie, der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei verließen geschloffen die Sitzung, nachdem sie zum Ausdruck gebracht hatten, daß sie auf Grund des Verhaltens des Oberbürgermeisters jede weitere Mitarbeit im Gemeinderat sowie auch die Teilnahme an Sitzungen der Kommissionen und Abteilungen ablehnen müßten. Der Oberbürgermeister blieb mit nur fünf Stadträten zurück. Der Konflikt zwischen dem Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung ist damit in ein Stadium getreten, in dem er nur noch durch ein Eingreifen der staatlichen Aufsichtsbehörde aus der Welt geschafft werden kann.

Die Differenzen schweben schon seit langer Zeit. Seinen Höhepunkt aber erlangte der Konflikt durch die Verbreitung einer anonymen Schmähchrift gegen die Führer der politischen Parteien, in der verschiedene Einzelheiten enthalten waren, deren Bekanntheit nur durch den Oberbürgermeister erfolgt sein konnte. Das schlug dem Fahn den Boden aus und veranlaßte die Fraktionen der Sozialdemokratie, der Demokraten und der Volkspartei zu einer Anzeige gegen Unbekannt bei der Staatsanwaltschaft und zu einem Ersuchen an den Oberbürgermeister um eine Erklärung, daß er an der Abfassung der Schmähchrift nicht beteiligt gewesen sei, den Verfasser nicht kenne und den beleidigenden Inhalt der Schrift und ihre Verbreitung bedauere. Der Oberbürgermeister lehnte es jedoch ausdrücklich ab, auf die Fragen der Fraktionen zu antworten. Er wollte nur vor dem Richter Auskunft geben.

Prozeß um das Siebengebirge.

Der preussische Fiskus soll Millionen zahlen.

Bonn, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Auf Grund der Gemeindebestimmungen über den Naturschutz ist das Siebengebirge unter Naturschutz gestellt worden, da es mit seinem Bafalvorkommen und seinem Bafalbestand ein Naturdenkmal darstellt, wie wir es in ähnlicher Eigenart in Deutschland nicht wieder besitzen. Das hat nun aber zu sehr empfindlichen Prozessen geführt, da die von diesen staatlichen Verordnungen betroffenen Besitzer Entschädigung verlangen, in denen sie behaupten, hier liege eine richtige Enteignung vor, und der preussische Staat habe daher entsprechend den Grundgesetzen der Reichsverfassung Entschädigung zu leisten, da sie ihre Bafalbrüche nicht ausbessern und die schönen Bafalhöfen zu Schotter machen können, wie dafür, daß sie keine Bäume mehr pflanzen dürfen. Es sind von den Betroffenen eine Reihe von Prozeßfällen angestrengt worden, die sämtlich beim Landgericht Bonn schweben. Die Grundbesitzer besitzen ihren Schaden mit 60 bis 80 Millionen Mark, was zwar sicherlich zu hoch gegriffen ist. Jedenfalls wird aber im ungünstigsten Falle der Naturschutz für das Siebengebirge aufgehoben werden müssen, da der preussische Staat nicht in der Lage wäre, auch nur irgendwie erhebliche Beiträge für diesen Naturschutz, der nicht als Enteignung angesehen werden sollte, zu bezahlen.

Wieder einer Ente den Hals umgedreht!

Eine Verleumdung gegen Paul Löbe zerplatzt.

Den nationalsozialistischen Presselügen folgend hat ein Reutlinger Mittelständler, Martin Reich, die Behauptung verbreitet, Genosse Löbe habe von den Franzosen 30 000 M. Bestechungsgelder erhalten.

Auf eine angebotene Woge hat der betreffende Herr erklärt:

„Die von mir über den Freipattler am 4. Januar 1931 im „Folanten“ in Reutlingen gemachte Äußerung, der Freipattler habe von den Franzosen 30 000 M. erhalten, habe ich lediglich dem „Völkischen Beobachter“ vom 13. Oktober 1930 nachgesagt. Ich kann diese Behauptung nicht aufrechterhalten und nehme sie als unwahr unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Der Beleidiger hat alle entstandenen Kosten übernehmen müssen und kann sich beim „Völkischen Beobachter“ bedanken.

Piccard und Hitler



Hitler: „Ganze 16 000 m ist dieser Französling hoch geflogen? Nah, ich will noch viel höher hinaus!“

Kreditanstaltsgesetz beschlossen.

Herabsetzung der Riefengehälter. — Sozialdemokratische Zustimmung.

Wien, 29. Mai.

Das zweite Kreditanstaltsgesetz wurde heute vom Nationalrat beschlossen. Durch dieses Gesetz ist die Regierung ermächtigt, für der Kreditanstalt gewährte Kredite die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler zu übernehmen. Die Ermächtigung gilt sowohl für neue zu gewährenden als auch für die Prolongierung bereits bestehender Kredite.

Bei der Beratung des Gesetzes beantragte der Berichterstatter eine von sozialdemokratischer Seite angeregte, im Ausschuss von allen Parteien mit Ausnahme des Heimatbundes gebilligte Resolution, worin die Regierung aufgefordert wird, Informationen über das Einkommen der Verwaltungsräte und Direktoren der Bodenkreditanstalt und der Kreditanstalt sowie ihrer Konzernunternehmungen einzuholen und eine angemessene Herabsetzung der mehr als 12 000 Schilling jährlich betragenden Pensionen bzw. ihre Stilllegung bei Doppelpensionären zu veranlassen.

Während sich die Christlichsozialen und der Wirtschaftsbund der Teilnahme an der Debatte enthielten, ergriff noch dem Redner des Heimatbundes als Vertreter der Sozialdemokraten Abgeordneter Bauer das Wort und erklärte, die Sozialdemokraten hätten zwar das Recht jeder Opposition, ein Ermächtigungsgesetz abzulehnen, und der Regierungsparteien die Verantwortung zu überlassen, zumal wenn sie kein Vertrauen zu dieser Regierung hätten. Sie wollten aber die Verantwortung doch mit übernehmen. Zunächst würden drei Viertel der österreichischen Industrie in eine Katastrophe der Kreditanstalt mit hineingezogen werden und deshalb wollten die Sozialdemokraten der Hilfsaktion aus ernstlicher Ermüdung heraus durch ihre Zustimmung stärkeres Gewicht geben, der zweite Grund bestiehe darin, daß bereits so große Summen in der Kreditanstalt festgelegt sind, der dritte und wichtigste aber sei, daß die Sozialdemokraten nicht wollten, daß die Verhütung einer wirtschaftlichen Katastrophe um einen politischen Preis erkauft werden müsse. Seit den Jahren 1918 bis 1919 hatte keine Partei immer das arme Stückchen Freiheit dagegen verteidigt, daß

es für bares Geld an das Ausland verkauft werde. Lieber Opfer bringen, als die Freiheit des Volkes verkaufen. (Lebhafter Beifall links.) Die Sozialdemokraten verlangten aber eine Kontrolle durch den Hauptauschuß, und ferner, daß endlich gegen die Schuldigen streng durchgegriffen werde. Sie beklebten sich vor, im Hauptauschuß immer mit Energie darauf zu bestehen, daß die elementaren Forderungen der öffentlichen Moral endlich erfüllt werden. Die Sozialdemokraten müßten aber auch davor warnen, daß für das, was die Leiter der Kreditanstalt verschuldet hätten, jetzt die Angestellten und Arbeiter büßen müßten.

Das Eingreifen der BZ.

Basel, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich gibt bekannt, daß die Maßnahmen, die der Verwaltungsrat im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Kreditanstalt in Wien erörtert hat, zum Abschluß gelangt sind und daher jederzeit in Kraft treten können. Außer der BZ haben sich zehn der größten Zentralbanken bereit erklärt, der Kreditanstalt einen Devisenkredit zu geben, der nach Bedarf verwendet werden kann. Die BZ glaubt, daß die österreichische Nationalbank mit Hilfe dieser Kredite und der ihr direkt zur Verfügung stehenden Mittel sowie mit Unterstützung der anderen Zentralbanken ihrer Normalfunktion zur Sicherstellung der Einlösbarkeit und Stabilität der österreichischen Währung auch weiterhin gerecht werden wird.

Beginn der Regierungskrise.

Wien, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Justizminister Dr. Schürff (großdeutsch) ist zurückgetreten, weil die Regierung entgegen dem Beschluß der großdeutschen Parteileitung die Beamtengehälterkürzungsvorlage eingebracht hat.

Der Sieg Lavals.

Rein Sieg Briands.

Paris, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Das Votum der Kammer nach der außenpolitischen Debatte hat keineswegs die politische Lage geklärt. „Neuheit und Feigheit“, um mit Franklin-Bouillon zu reden, haben vielmehr in der Regierungsmehrheit neue Triumphe gefeiert. Die Abgeordneten, die die Politik Briands bekämpfen, haben für die Regierung, damit auch für Briand gestimmt, während diejenigen, die seine Politik verteidigen, sich gegen die Regierung ausgesprochen haben!

Für die Abstimmung war nämlich nicht, wie es dem Charakter der Interpellation Franklin-Bouillon entsprochen hätte, die Außenpolitik Briands ausschlaggebend, sondern die innerpolitische Lage des Kabinetts. Diese Verschiebung auf das innerpolitische Gebiet ist das Werk des Ministerpräsidenten, der auf diese Weise die Regierung gerettet hat. Denn nach der Erklärung Herriots, daß die Radikalen zwar die Politik Briands und seine Haltung in Genf billigen, aber dem Kabinetts das Vertrauen verweigern müßten, weil seine Zusammensetzung der vollen Auswirkung dieser Politik hinderlich sei, war es klar, daß die Regierung, der auch ein Teil der rechtsstehenden Fraktion Marin die Gefolgschaft verlagern wollte, verloren war. Der Ministerpräsident führte daher das Mandat aus, das bereits Lardieu mehrmals mit Erfolg angewandt hatte. Nachdem Laval festgestellt hatte, daß die französische Delegation in Genf von der Kammer erteilten Auftrag im Rahmen des Möglichen ausgeführt hat, erklärte er, es handele sich jetzt nur noch um eine politische Frage. Der Beweis dafür sei, daß die Linke die Politik Briands billige, aber der Regierung nicht das Vertrauen gewähren wolle. Zur Rechten gewandt, fuhr Laval fort: „Ich appelliere daher an die Mehrheit, die mir stets treu gewesen ist und die ich nicht verrotten habe. Es gibt keine Politik des Außenministers, es gibt nur eine Politik der Regierung. Ich sprach niemals von der Friedenspolitik, ohne auch die Sicherheitspolitik zu erwähnen. Vor der Abrüstungskonferenz wird die

Regierung von der Kammer ein Mandat verlangen, das mir ebenso ausführen werden, wie das Mandat in bezug auf das Anschlußprojekt. Sind Sie jetzt beruhigt? „Ja“ brüllten etwa 50 Abgeordnete der Rechten, worauf Laval erklärte: „Sie wissen also, was Sie jetzt zu tun haben.“ Die Mehrheit verstand die Mahnung und die Schlacht war für die Regierung gewonnen.

Für Briand bedeutet das Abstimmungsergebnis, daß er jetzt noch mehr als bisher Gefangener einer ihm feindlich gesinnten Rechtsmehrheit ist. Man muß daher die Frage aufwerfen, ob er diese Situation noch lange ertragen wird.

Zwei Fabriken besetzt.

Die soziale Erregung in Spanien.

Madrid, 29. Mai. (Eigenbericht.)

In San Sebastian ist die Ruhe seit Donnerstagnachmittag wiederhergestellt. In Saragoña ist dagegen die Lage außerordentlich ernst. Hier weigern sich die Arbeiter von zwei großen Fabriken seit Mittwoch zur Arbeitsleistung. Sie halten die Fabriken besetzt und wollen, nach ihren Erklärungen, nur der Gewalt weichen. Jede Intervention der Regierung wurde bisher mit der Erklärung abgelehnt, daß man nur mit den Fabrikbesitzern verhandeln wolle. Die Regierung hat inzwischen Truppenverstärkungen nach Saragoña entsandt und die Arbeiter ultimativ aufgefordert, die Fabriken zu verlassen. Die Situation ist außerordentlich ernst.

Madrid, 29. Mai. (Eigenbericht.)

In Bijon beschloß die christliche Arbeiterorganisation, als Protest gegen die Vorkommnisse in San Sebastian den 24stündigen Generalstreik für die ganze Provinz zu erklären. Die gemäßigten Sozialisten beschloßen, sich nicht an dem Generalstreik zu beteiligen und erklärten das Verhalten der radikalen Arbeiterschaft für unpatriotisch. Die Regierung hat Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Die Lage ist noch unklar.

Die Zahl der Opfer der vorgestern in San Sebastian ausgebrochenen Streikunruhen beläuft sich nach dem Blatte „El Sol“ auf sechs Tote und 21 Schwerverletzte; ein 24stündiger Generalstreik ist die nächste Folge.

Odenburg! Die bisher einzige demokratische Zeitung im Freistaat Odenburg, die „Odenburgische Landeszeitung“, muß mit dem 1. Juni ihr Erscheinen einstellen.

Republik-Oper.

Janacel: „Aus einem Totenhause“.

Drei Opernakte unter sibirischen Sträflingen, nach Dostojewitschs Aufzeichnungen aus einem Totenhause. Ein düsteres Werk von lastender Schwere und umwerfender Großartigkeit. Zum Schluß des Spieljahres eine überragende Leistung der Staatsoper am Platz der Republik.

K. P.

Die Herrenwelt Berlins will ...

Beglaubigte Wbfchrift
Ka 148. B. 84/30

Im Namen des Volkes
Prinzipalgesche
des Stadterordneten und Beisitzenden
des Deutschen Metallarbeiterverbandes,
Verwaltungsstelle Berlin, Mag. Meich in
Berlin, Wiesenstr. 48. Prinzipalgesche,
vertreten durch Rechtsanwältin Dr. Weis-
berg in Berlin, Klosterstr. 65-67,
gegen den Reichstagsabgeordneten Wil-
helm Hein in Berlin, Neue Poststr. 21,
Angeklagten,

vertreten durch Rechtsanwältin Dr. E. E. Ewen-
thal in Berlin, Bülowstr. 27,
wegen Beleidigung.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte, Ab-
teilung 148, hat in der Sitzung vom
29. April 1931, an welcher teilgenommen
haben:

Amtsgerichtsrat Floten
als Vorsitzender,
Außenberichter Herr
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,
verhandelt und am 6. Mai 1931 für Recht
erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher
Beleidigung zu einer Geldstrafe von
400 RM — überhöflich Reichsmark —
im Nichterleidungsfall zu zehn Tagen
Gefängnis verurteilt.

Die Kosten des Verfahrens werden dem
Angeklagten auferlegt.

Dem Urteilsfänger wird die Befugnis
ausgesprochen, den Urteilsantrag binnen
einem Monat auf Kosten des Angeklagten
durch einmalige Veröffentlichung in
1. dem „Norddeutschen“,
2. der „Reinigen“,
3. der Zeitung des Metallarbeiter-
verbandes
bekanntzumachen.

Beglaubigt:
Dr. Siegfried Weinberg, Rechtsanwalt

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENPLATZ
**Verpflegung-
Restaurant
Berlins**
BETRIEB
KEMPINSKI

**LUNA
PARK**
heute u. morgen
Öffentliche Wahl der
Deutschen Städte-Königin
Der Publikum entscheidet!
**Gross-Feuerwerk
Fest-Ball**

Sonnab., 30. 4.
Staats-Oper
Unter d. Linden
271. A.-V.
20 Uhr
Manon Lescaut
Ende n. 22 Uhr

Sonnab., 30. 4.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Das Spitzentuch
der Königin
Ende g. 23 Uhr

Sonnab., 30. 4.
Staats-Oper
Im Platz der Republik
20. R.-S.
20 Uhr
**Madame
Butterfly**
Ordnung. Kartovorkauf
Ende g. 22 1/2 Uhr

Sonnab., 30. 4.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Das Spitzentuch
der Königin
Ende g. 23 Uhr

Sonnab., 30. 4.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Das Spitzentuch
der Königin
Ende g. 23 Uhr

Sonnab., 30. 4.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Das Spitzentuch
der Königin
Ende g. 23 Uhr

Sonnab., 30. 4.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Das Spitzentuch
der Königin
Ende g. 23 Uhr

Sonnab., 30. 4.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Das Spitzentuch
der Königin
Ende g. 23 Uhr

Sonnab., 30. 4.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Das Spitzentuch
der Königin
Ende g. 23 Uhr

Sonnab., 30. 4.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Das Spitzentuch
der Königin
Ende g. 23 Uhr

Sonnab., 30. 4.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
20 Uhr
Das Spitzentuch
der Königin
Ende g. 23 Uhr

**Winter
Garten**
8 1/2 Uhr. Flora 3434. Rauchen erlaubt
Letzte Tagel
Der große Erfolg
Dayelma-Ballett
Original Pariser Cancan
Kuban - Kosaken - Chor
usw.
Sonnabend und Sonntags je 2 Vorstellungen
4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8 Uhr
**Lumpazi-
vagabundus**
Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
**Emilia
Galotti**

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
**Die Toni
aus Wien**
Mady Christians,
Michael Behnen

Lesing - Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
**Der rasende
Sperling**
Klax, Vihrog, Meys,
Rex

Lustspielhaus
Tägl. 8 1/2 Uhr
**Die goldene
Motte**
Lori Leux

**Theater im
Admiralspalast**
Täglich 8 1/2 Uhr
**Der lustige
Krieg**
Schollwer,
Carola Lilien, Priem

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr
**Stettiner
Sänger**
Der neueste Schwank
„Alles verrückt!“

**eine
günstige
Kauf-
gelegenheit!**
Die außergewöhn-
lichen -

Strümpfe
Verkauf sowohl Vorrat
Mengenabgabe
vorbehalten!

Damen-Strümpfe Wasch-
kunstseide, 0,95
Spitzhochferse und gute Fußverlebung Paar

Damen-Strümpfe Wasch-
kunstseide, 1,45
fein gewirkt, elastisch und weich, moderne Farben, Paar

Damen-Strümpfe Wasch-
kunstseide, 1,95
Spezialqualität „Hertie Rekord“, grosses Farbensortiment, Paar

Damen-Sportsöckchen 0,95
Kunstseide plattiert, weiss Paar

Knickerbocker - Strümpfe 1,95
für Herren, reine Wolle, neue Melangen Paar

Herren-Socken 0,65
moderne Jacquardmuster Paar

Kinder-Söckchen 0,45
gute Baumwolle, modertartig, gestreifte Weitränder,
Paar Gr. 7-10 0,65, Gr. 4-6 0,55, Gr. 1-3

Kinder-Söckchen 0,65
Mako gemust. Weitränder
Paar Grösse 7-10 0,85, Grösse 4-6 0,75, Grösse 1-3

Kinder-Söckchen 0,85
Kunstseide mit Flor plattiert, hübsche Ränder,
Paar Gr. 7-10 1,05, Gr. 4-6 0,95, Gr. 1-3

THEATERN
DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTEILEN

Am 26. Mai starb in Ilmenau, wo er sich zur Erholung aufhielt, unser lieber Kollege
Gustav Heinke
der langjährige Bauarbeiterschutzesekretär unseres Bundes, im 81. Lebensjahre.
Mit ihm ist einer der ältesten Veteranen der Gewerkschaftsbewegung dahin-
gegangen. Heinke war ein stiller fleißiger Arbeiter, der mit voller Hingabe und
äußerster geistiger Regsamkeit sich seiner Aufgabe, dem Schutze der baugewer-
lichen Arbeiter, widmete, bis er im 73. Lebensjahre in den Ruhestand trat. Er war
von unverwundlicher Lebenskraft. Bis zu seinem Tode hat er sich seine Lebendig-
keit und geistige Frische, sowie seinen Glauben und die Hingabe an die große
Mission der Gewerkschaftsbewegung erhalten.
Sein Andenken wird in unseren Reihen unvergessen bleiben.
Die Beisetzung erfolgt bereits Sonnabend, den 30. Mai, in Ilmenau.
**Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Deutsches Theater
8 Uhr
**Der Hauptmann
von Köpenick**
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
Täglich 8 1/2 Uhr
**Dienst
am Kunden**
von Carl Heinz und
Max Hansen
Regie: Hans Deppe

**Kurfürstendamm-
Theater**
Bismarck 449
8 1/2 Uhr
Nach zum 50. Male:
**Alles
Schwindel**
von Maxellus Schiffer,
Musik von
Mischa Spoliansky,
Regie: Sinfel Gründens

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Angehörigen zur Nachricht, daß
unter Redakteur, des Bräuer
Wilhelm Hänsel
geboren 4. Juni 1896, am 25. Mai
gestorben ist
Obes seinem Andenken!
Die Einäscherung findet Dienst-
tag, den 2. Juni, 18 Uhr, im Krematorium
Baumgartenweg, Riefelholzstraße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung

Nach langem, schwerem, mit unendlicher
Geduld ertragenem Leiden entschlief heute sanft
meine herzlich geliebte Frau, meine gute
Tochter, unsere Liebe Schwester und Tante
Clara Licht
geb. Philippborn
In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen
Horitz Licht.
Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 95.
Die Beerdigung findet am Sonntag, 31. Mai, in
Weißensee, 13 Uhr, von der alten Halle aus statt

Nomische Oper
8 1/2 Uhr
Alt - Heidelberg
Lucie Englisch,
Westermair, H. J. Mosbit,
Pauker

Blumenspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz
vormals Robert Meyer
Mariannenstr. 3
F 8, Oberbaum 1903

Achenbach - Garagen
ab Lager
Weilblech-, Stahl- u. Betonbauten
jeder Art. Angeb. u. Prosp. kostenl.

Original - Befema
Patentmatratzen / Ruhebetten
mit Befema-Federung
Patent-Drehbett (D.R.P.) ein Griff -
ein Bett, sowie das neue Holzbett mit
Befema-Federung sind vollkommen
geräuschlos - kein Einlagern. Für
schwerste Belastung. Überall erhältl.
20 Jahre Garantie.
Borst. Federmatratz.-Fabrik, Hoppenstr. 29

Gebr. Achenbach G.m.b.H., Weidenau/Sieg
Eisen- und Weilblechwerke - Postfach 389
„Deutsche Bau-Ausstellung Berlin: Freigelegte Abt. Garagen“

Garnowsky - Bühnen
Theater in
der Stresemannstr.
Täglich 8 1/2
**Gestern u.
Heute**

Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Schwengels
mit Felix Bressart
und Rosa Valenti

Wanderkarten
L. Juergens
Alexanderplatz
Neue Königsr.

**Der gute Kapitän-
Kaufabak** ist in den meisten Zi-
garrengegend. erhältl.
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Königl. 3861

**Anzug-
Tage**
bei
**ESDERS &
DYCKHOFF**
Ordnungstr. 8-9
bietet sie ...!

GAGFAH Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten
Vermögensaufstellung per 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Schulden	RM
Bank, Postcheck, Kasse	1 495 458,43	Aktienkapital	6 000 000,00
Nach nicht eingezahltes Aktienkapital	1 503 800,00	Ordentliche Rücklage	665 706,51
Waren	1,00	Bürgschaftskonto	250 000,00
Schuldner	11 960 336,11	Instandhaltungskonto	665 374,83
Beteiligungen	1 146 996,66	Mieten-Konto	189 395,20
Hypotheken	3 433 609,91	Siedlungskonto	500 000,00
Darlehn an Heimats	809 406,46	Heimats-Bewertungskonto	1 087 937,60
Vermieter Hausbesitz	RM 37 241 282,27	Bauabstellungen und Bausicherheiten	1 146 204,28
Abschreibungen bis 1929	439 678,23	Tilgungsrücklage	7 870,56
Zugang 1930	RM 26 802 203,94	Zwischenkredite	35 072 221,46
Absgang 1930	RM 35 144 692,11	Gläubiger	2 937 282,90
Zugang 1930	RM 64 940 897,05	Wechsel	4 641 621,66
Absgang 1930	RM 25 508,26	Darlehn RFA	RM 300 000,00
Abschreibung 1930	RM 64 921 588,69	Tilgung bis 1929	153 728,09
Nach aufzulassende Siedlungen	62 900 796,21	Tilgung 1930	RM 146 261,91
Im Bau befindliche bzw. noch nicht ab- gerechnete Siedlungen	23 182 498,66	Tilgung 1930	53 063,34
Grundstücke	69 081 641,71	Schuldverschreibungen	RM 1 114 098,93
Bürohäuser und Dienstwohnungen	1 036 741,62	Tilgung 1930	2 760,00
Rückständige Mieten	981 210,96	Hypotheken:	
Einrichtungsgesamtheit	97 699,19	auf vermiet. Hausbesitz	RM 20 354 676,20
gegenüber RM 60 541,63		Tilgung bis 1929	158 933,93
Abschreibung	60 540,63	Zugang 1930	RM 20 165 741,27
Weitergeleitete RFA-Hypotheken	14 540 471,23	Tilgung 1930	39 148 608,74
Hinterlegungen	1 816 558,79	Zugang 1930	RM 99 314 350,01
Bürgschaften	2 310 509,71	Tilgung 1930	287 878,64
		auf aufzulassende Siedlungen	89 026 471,37
		auf im Bau befindliche bzw. noch nicht abgerechnete Siedlungen	20 970 482,63
		auf unbebaute Gebäude	43 654 296,07
		auf Bürohäuser und Dienst- wohnungen	499 350,00
		wohnungen	146 107,16
		Tilgung 1930	187,00
		Vorausbezahlte Mieten	145 968,10
		Weitergeleitete RFA-Hypotheken	11 378,55
		Hinterlegungen	14 640 471,38
		Bürgschaften	RM 1 816 558,79
		Gewinn	2 310 509,71
			451 287,32
			RM 193 240 658,36

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1930

Verlust	RM	Gewinn	RM
Allgemeine Unkosten	2 534 074,64	Gewinn-Vortrag 1. Januar 1930	45 871,11
Darlehenszinsen	3 950 218,48	Bausparungsverträge	2 294 698,00
Ausgaben für Hausverwaltung	5 992 261,24	Zinsentnahmen aus Zwischenkrediten und Hypotheken sowie Beteiligungserträge	4 798 734,45
Abschreibungen:		Einnahmen aus Hausverwaltung	6 892 800,93
auf vermieteten Hausbesitz	RM 1 020 592,45		
auf Einrichtung	60 540,63		
Gewinn	451 287,32		
	RM 14 012 033,09		RM 14 012 033,09

Berlin, den 31. Dezember 1930
7. Mai 1931.
GAGFAH
Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft
für Angestellten-Heimstätten
Der Vorstand:
Arnold Knoblauch Dr. Bordin Dr. Stegweitz Gerlach
Für den Aufsichtsrat:
Berlin, den 18. Mai 1931
Walter Hausmann Krug - M. Greger

Vorstehende Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung
per 31. Dezember 1930 haben wir geprüft und mit den
von uns geprüften, ordnungsgemäß geführten Büchern und
Belegen übereinstimmend befunden.
Berlin, den 18. Mai 1931.
Treuhand-Gesellschaft für deutsche Arbeit
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Fr. Osterwald

Das Glück war mit Piccard!

Berichte des Gelehrten über seine Fahrt

Professor Piccard erklärte, es sei sehr unwahrscheinlich, daß der abmontierte Ballon für einen zweiten Stratosphärenflug noch in Betracht komme.

Schiffahrt, weil ihre Maschinen in der Stratosphäre größere Strecken in kürzerer Zeit zurücklegen können als in der Atmosphäre.

16 Stunden in der Stratosphäre.

Die größte Ueberraschung bereitete Professor Piccard mit der Mitteilung, daß er bis 8 Uhr abends auf einer Höhe von 15000 Meter sich gehalten hat.

Naziterror und kein Ende.

Ein Jungarbeiter grundlos angeschossen.

Die blutigen Naziüberfälle müssen registriert, die Nazischliehhelden können nicht oft genug angeprangert werden.

Am 15. Oktober fand in Rauen eine kommunistische Demonstration statt. Hinterher versammelten sich die Demonstranten im „Volksgarten“.

Uebereilter Start.

Dem Berichterstatter einer Augsburger Zeitung gab Professor Piccard in Ober-Gurgl folgende Erklärungen:

Der Start in Augsburg am Mittwoch früh 4 Uhr sei mit ziemlich übertriebener Eile vor sich gegangen. Es fehlte nämlich Bodenwind ein, und damit bestand die Gefahr, daß bei längerem Zuarbeiten der Ballon an den Häusern der Stadt zerfallen würde.

geholt, um daraus zu schießen, obgleich er im Besitz eines Revolvers war. Hätte er sich nicht sagen müssen, daß er durch Gewehrschüsse einen Unbeteiligten töten kann?

Provokateure vom Hafenkreuz.

Razirowdy kommt vorm Amtsgericht Lichtenberg billig weg.

Am 27. Februar d. J. fand in Kaulsdorf eine öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei statt, in der Genosse Kuttner über den Nationalsozialismus sprach.

Schlug den Genossen Voigt mit der Faust so ins Gesicht.

daß die Brille des Mißhandelten zerplitterte, wobei Voigt arg blutende Verletzungen davontrug und zu Boden stürzte. — Die Staatsanwaltschaft hatte gegen Karge Anklage wegen vorsätzlicher Körperverletzung erhoben.

mit welcher Rohheit und Gemeinheit dieser Ueberfall ausgeführt wurde.

Kur die Nazis, die sich in Begleitung Karges befanden, hatten von allem nichts gesehen. Der Vorsitzende mußte sie wiederholt an ihre Oidipospflicht erinnern, worauf diese Kronzeugen der Wahrheit auch stets prompt ihre Aussagen berichtigten.

Das Urteil muß um so mehr befremden, als sich in Kaulsdorf die politischen Verhältnisse wieder stark zugespitzt haben und nach diesem Fall bereits ein Reichsbannermitglied erneut von Nationalsozialisten überfallen und beschossen worden ist.

Plünderung in Berlin N.

Im Norden Berlins wurde am Freitag nachmittag von zehn jungen Burschen ein Lebensmittelgeschäft geplündert. Die Plünderer, die auf Rädern erschienen, bedrohten zunächst die Verkäufer und nahmen dann alles, was sie an Konjerven, Wurst, Backwaren und anderen Lebensmitteln ergreifen konnten.



Der Professor Leopold Gregorjewitsch stand hinter dem rollierten Lederpult, umgeben von milchfarbenen Bistbosfen, und bediente eben die Schwägerin des Brandmeisters.

In der Apotheke aber war nur „Creme Ango“, gegen Sonnenbrand, vorrätig und der Kampf zwischen Nachfrage und Angebot, in diesem Falle zwischen den beiden so entgegengesetzten Parfümerieprodukten, dauerte ziemlich lange.

„Was sagen Sie zu Schanghai?“ fragte der Professor. „Ich möchte jetzt nicht in dieser Gegend sein.“

„Die Engländer sind doch Schufte,“ antwortete Worobjew, „es geschieht ihnen schon recht. Sie haben Rußland immer verkauft.“

Leopold Gregorjewitsch zuckte wehmütig die Achseln, als wollte er sagen: — Und wer hat Rußland nicht verkauft? — dann ging er zum Geschäft über. „Was haben Sie gewünscht?“

„Ein Haarmittel.“ „Für Wachsen, Färben?“ „Was heißt Wachsen,“ sagte Worobjew, „zum Färben.“

Worobjew drehte die viereckige Flasche „Titanit“ in den Händen, besah leuzend die Etikette und zahlte.

Er kehrte nach Hause zurück und bog sich hier mit einem Gefühl des Eises haar und Schnurrbart mit „Titanit“. Ein starker unangenehmer Geruch verbreitete sich in der Wohnung.

Am Nachmittag war der Geruch etwas verfliegen, Haar und Schnurrbart trocken, verklebt und man konnte nur sehr mühsam mit dem Kamm durch. Die radikal schwarze Farbe hatte einen leichten Stich ins Grüne.

Die große Kombination.

Um halb zwölf mittag kam in die Stadt Stargorod, von Nordwesten her, ein junger Mann von ungefahr achtundzwanzig Jahren.

„Onkel,“ rief er fröhlich, „schenk mir zehn Kopelen!“ Der junge Mann nahm einen Apfel aus der Tasche und schenkte ihm dem kleinen Jungen. Der gab aber auch weiter keine Ruhe.

Der Fußgänger blieb stehen, sah den Knaben ironisch an und sagte leise: „Soll ich dir vielleischt auch noch den Schlüssel zu meiner Wohnung geben, wo das Geld liegt?“

Der Bettler sah endlich die Zwecklosigkeit seines Gebehens ein und blieb zurück.

Der junge Mann hatte gelogen. Er besaß weder Geld noch eine Wohnung noch einen Schlüssel, mit dem man diese imaginäre Wohnung hätte aufsperrern können.

„O Bajadere, taradantabadam,“ sang er, indem er sich dem Marktplatz näherte.

Hier begann er sich zu betätigen. Er stellte sich in die Reihe der Händler und rief mit ernster Stimme: „Wer kauft ein Astrolabium? Ein Astrolabium ist billig abzugeben. Für Behörden und Frauenvereine ein besonderer Rabatt!“

Das unerwartete Angebot fand lange Zeit keine Nachfrage. Die Hausfrauen interessierten sich mehr für die Partieware und drängten sich vor den Läden mit Kleidern.

Ein Agent der Witzschritt zweimal an dem Verkäufer des Astrolabiums vorbei. Da dasselbe aber keineswegs der am Vortage aus dem Zentralbüro der Butterindustrie gestohlenen Schreibmaschine ähnelte, ließ er davon ab, den jungen Mann zu beobachten und entfernte sich.

Gegen Mittag fand sich ein Käufer für das Astrolabium. Ein intelligenter Schlosser, der es für drei Rubel erstand.

„Es mißt ganz von selbst,“ sagte der junge Mann, als er das Instrument dem Käufer übergab, „wenn es nur etwas zu messen gibt.“

Nachdem sich der junge Mann von dem klugen Instrument befreit hatte, sah er in einem kleinen Restaurant zu Mittag und unternahm dann einen Rundgang durch die Stadt. Er ging durch die Sowjetstraße, kam in die Rotgardisten- (früher Puschkin-) straße, durchkreuzte die Kooperativstraße und befand sich wieder in der Sowjetstraße.

„Väterchen, gibt es hier in der Stadt viele junge Mädchen?“ fragte der junge Mann und zog den Zigarettenrauch ein.

Der alte Hausbesorger staunte nicht im geringsten. „Für manchen ist auch die Stute eine Jungfrau“, antwortete er, willig auf das Thema eingehend.

„Ein so großes Haus und kein junges Mädchen?“ „Die Jungfernschaft unserer Bewohnerinnen können Sie mit Laternen in einer anderen Welt suchen. Dies hier ist ein staatliches Armenhaus. Hier sind alte Frauen in Pension.“

„Ich verstehe. Das sind jene, die noch vor dem historischen Materialismus geboren wurden.“

„Sehr richtig.“

„Und wem gehörte dieses Haus im alten Regime?“ „Damals wohnte hier mein Herr.“

„Ein Bourgeois?“ „Selbst Bourgeois. Er war es nicht. Er war Vorsigender des Gubernial-Afels.“

„Also Proletarier?“ (Fortf. folgt.)

Durch den Blumenthal.

Wochenendfahrt in die Umgebung von Strausberg.

Schon Theodor Fontane nannte die Wanderung durch den Forst Blumenthal die „schönste der Mark“. Der seinen Spuren folgt, wird diesem Altmeister aller märkischen Wanderer begeistert zustimmen, namentlich jetzt im Frühling, wenn das Grün der ausgedehnten Laubwaldbestände noch frisch ist.

Man benutzt zur Einfahrt am besten die sogenannte „Briezener Bahn“ vom Briezener Bahnhof des Schlesienschen Bahnhofs aus und fährt bis Station Tiefensee. Die Sonntagsrückfahrkarte kostet 3. Klasse 2 M., 2. Klasse 2,80 M. und ist für die Rückfahrt auch von Strausberg zur Stadtbahn gültig. Abfahrt vom „Briezener Bahnhof“: 6.40, 8.25, 10.21 Uhr. Von Strausberg hat man zur Rückfahrt die günstigen Verbindungen der Vorortbahn. — Vom Bahnhof Tiefensee biegt man südwestlich zum Westufer des Gamenes ab, der bis zu 78 Meter tief und rings von herrlichem Wald umrahmt ist. Der Weg führt am Ufer südlich zum Gamenesgrund, bevor aber muß der gewaltige Damm der Brühler Landstraße überflogen werden. Als Belohnung bietet sich oben prächtige Aussicht über den Blumenthal. Durch dichten Wald geht es weiter zum Forsthaus Heidekrug, der einzigen menschlichen Siedlung, der man unterwegs begegnet, dann durch den Grenzgrund zum Gr. Lattsee und zum Plandsee. Überall bieten sich Landschaftsbilder von entzückender Lieblichkeit und Natürlichkeit! Der mit rotem WM gekennzeichnete Weg führt weiter durch ein mildreches Privatforstrevier. Hier und da muß man vorsichtig über Wildgatter steigen.

Am Neuen Schützenhaus, dem nördlichen Ende des Straus-Sees, sieht sich schließlich der Forst. Am Ostufer des Sees geht's die Badstraße entlang nach Strausberg. Ein erfrischendes Bad in der schönen Naturbadanstalt ist nicht zu verachten! Strausberg, ein altes märkisches Landsstädtchen, bietet an historischen Bauwerken Reste der mittelalterlichen Stadtbefestigung, des Landsberger Turms und vor allem die Marienkirche unweit des Marktes. Der massive Turm ist sehr eindrucksvoll, und im Innern ist namentlich der gotische Chor sehenswert. Von Strausberg führt eine elektrische Bahn zum Vorortbahnhof Strausberg, der 7 Kilometer südlich der Stadt liegt. Wer gut zu Fuß ist, sollte jedoch den Weg über die romantisch gelegene Schlagmühle durch das anmutige Annatal zur Vorstadt am Bahnhof wählen. Es lohnt sich!

Die ganze Blumenthal-Wanderung erfordert rund vier bis fünf Stunden, und es empfiehlt sich, eine gute Wanderkarte und auch etwas Wegzebrung mitzunehmen.

Der nackte Mann am Dom.

Selbstmordversuch — grober Unfug — zwei Tage Haft.

Ein Arbeitsloser, der vom Leben nichts mehr erwartet, will es wegwerfen. In der Nähe der Börse, dem Sammelpunkt von Reichtum und Spekulation, entleert er sich seiner Hufe und seines Rodes, schleudert zuerst das eine Kleidungsstück, dann das andere ins Wasser, geht im Hund bis zur Brücke am Dom, wirft nun auch die letzte Hülle in den Kanal und ist eben im Begriff, auch selbst hineinzuspringen, als ein junger Mensch ihn davon zurückhält. Nun steht er da, zwar lebendig, aber nackt. Er gebt sich die Domtreppe hinauf und bleibt hier stehen. Ein Polizeileutnant in Zivil, der gerade seine Verwandten aus der Provinz spazieren führt, um ihnen den Lustgarten, das Schloss und den Dom zu zeigen, erblickt die anstößige Erscheinung, geht auf sie zu und zwischen ihm und dem nackten Mann entwickelt sich folgendes Zwiegespräch: „Kommen Sie mit zur Wache.“ — „Wer sind Sie?“ — „Ich bin Polizeibeamter.“ — „Wollen Sie mir Ihren Ausweis zeigen?“ — „Bitte!“ — „Schön, ich komme mit.“ — „Stellen Sie sich wenigstens vorläufig hinter die Säule.“ Der Mann verbirgt seine Nacktheit hinter der Säule. „Was wollen Sie denn eigentlich mit dem Auskleiden?“ — „Ja, wenn ich keine Unterhose erhalte, jetzt bekomme ich wenigstens neue Kleider.“ Jemand aus dem Publikum holt eine Tazze, der Nackte wird mit aller Vorsicht, die menschliche Schamhaftigkeit empfiehlt, in den Wagen verladen und fort geht es zur Wache.

Vor dem Schnellgericht verantwortete sich nun wegen Erregung öffentlichen Vergnügens ein 24jähriger unterernährter Mensch, natürlich nicht mehr nackt, sondern in einem alten Soldatenanzug, und erzählte, weshalb er seinen Kleibern ins Wasser folgen gemollt. Uneheliches Kind, besand er sich vom 6. bis zum 19. Lebensjahre im Spreewald in Pflege, kam dann nach Berlin und bald in die Psychopathenanstalt in der Nähe von Stettin. Im Alter von 21 Jahren lehrte er nach Berlin zurück. Er fand spärliches Durchkommen als Gelegenheitsarbeiter, und war seit 1½ Jahren arbeitslos. Unterhose erhielt er nur vorübergehend, Unterschulpaß fand er im Obdachlosensatz und verzweifelte schließlich am Leben.

Der Polizeileutnant bestand darauf, am nackten Mann öffentliches Vergnügen genommen zu haben — schon wegen seiner Verwandten aus der Provinz: Was sollten die von Berlin denken, wenn da nackte Menschen herumlaufen. Er glaube auch nicht, daß der Mann sich das Leben habe nehmen wollen, es sei bei ihm mehr Sensationsmache gewesen. Eine 49jährige Zeugin, weniger schamhaft als der Polizeileutnant, meinte dagegen, ein schöner Anblick sei es gerade nicht gewesen; im übrigen habe sie aber noch Möglichkeit fortgeschaut und dann sei sie ja auch nicht mehr die Jüngste. Und so kam das Gericht zu einer Verurteilung nur wegen groben Unfugs. Für die 20 Mark Geldstrafe wurden die 2 Tage Haft angerechnet und der „nackte Mann“ konnte sofort der sozialen Gerichtshilfe überwiesen werden. Vielleicht wird ihm jetzt geholfen.

Immer wieder das Femebild.

Wie der Berliner Polizeipräsident mitteilt, ist anlässlich eines Prozesses in Lüneburg erneut von einem Teil der Presse behauptet worden, daß im Polizeipräsidium Berlin ein sogenanntes Femebild gefälscht und zu politischen Agitationszwecken in Umlauf gesetzt worden sei. Sowohl der Polizeipräsident von Berlin als auch der preussische Minister des Innern haben den wahren Sachverhalt der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß das sogenannte Femebild weder eine willkürliche noch eine phantastische Erfindung ist, sondern dargestellt ist mit Hilfe beschlagnahmter Gegenstände, die bei einer Hausdurchsuchung bei dem sogenannten Orden „Ritter zum Feuerigen Kreuz“ am 9. September 1925 gefunden wurden. Die Aufnahme des in Frage stehenden sogenannten Femebildes wurde zur Unterstützung der richterlichen Voruntersuchung durch Beamte des Polizeipräsidiums gestellt, um die Verwendung der vorgefundenen Ordensgeräte zu veranschaulichen. Der Zweck der Aufnahme war also, die richterliche Voruntersuchung gegen den Orden „Ritter zum Feuerigen Kreuz“ zu unterstützen. Von all diesen Umständen ist der gesamten Presse seinerzeit ausführlich Mitteilung gemacht worden, so daß gegenteilige Behauptungen nicht den Anspruch auf guten Glauben erheben können.

Nachdem nunmehr zum wiederholten Male im Anschluß an ver-

Nimm dir das Leben!

Ein junger Bekannter hat Blutungsanfälle schübert hier seine Lieberlogen und die Empfängerinnen, die auf ihn eintrugen, als er in großen Letzern ein Werbeplakat mit der merkwürdigen Aufschrift: Nimm dir das Leben! sah.

Es war an einem Sonnabend, meinem Jahrtage, an dem ich meine paar Fernige Arbeitslosenunterstützung abholen mußte. Nachdem ich das erledigt hatte, mußte ich noch zwecks Kontrolle zum Verband. Da ich dazu noch Zeit hatte, schlenderte ich durch die innere Stadt und sah mir die Auslagen in den Schaufenstern, die mich interessierten, an. So kam ich auch an ein Herrenkonfektionsgeschäft, und ich dachte mir, daß ich es ganz gut vertragen könnte, mich einmal wieder vollständig neu einzukleiden. Meinen letzten Anzug kaufte ich vor drei Jahren. Er sieht nicht mehr schön aus. An verschiedenen Stellen ist er auch schon etwas durchgeschuert, aber vorläufig sieht man es noch nicht so sehr. Einen neuen Mantel habe ich überhaupt noch nicht besessen, sondern immer die abgelegten von anderen Leuten aufgetragen. Während ich nun eingehend Stück für Stück betrachtete, kam ich ins Träumen. Ich stellte mir vor, ich hätte in der Lotterie gewonnen (ich hatte nämlich kurz vorher bei einem Berliner Kollekteur ein Achtlosos zur Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie bestellt) und hätte nun genügend Geld zur Verfügung. Da suchte ich mir nun das aus, was ich so notwendig brauchte. Einen Straßenanzug, einen Blauen, einen Sportanzug und dazu die passenden Mäntel. Inzwischen ging ich weiter, ohne in meinen Träumen aufzuhören. Nachdem die Anzüge erledigt waren, kam die Wäsche dran. Da mußten Oberhemden sein und die nötige Unterwäsche, Schlafanzüge und anderes. Zwischen durch überlegte ich mir auch, wie ich mein Kapital am besten anlege. Als ich nun mit allem versehen war, erinnerte ich mich meiner 13,20 Mark, die ich gerade abgeholt hatte. Da hatte alle Träumerei ein Ende.

Dieser harte Satz des Verstandes verlegte mich sofort in die trübste Stimmung. Das Wetter war auch nicht danach, diese zu mildern. So sah ich im Gegensatz zu vorher immer schwärzer in die Zukunft. Hingru kommt noch, daß eine begründete Aussicht, wieder eine Stellung zu bekommen, sich zerflügelte hatte. Ich fing nun an, mit meinem Schicksal zu hadern. Warum muß es mir nur so dreckig gehen? Was habe ich denn bloß getan? Ich kann doch nichts dafür, daß ich in die Welt gesetzt wurde. Es wäre wirklich besser gewesen, ich hätte nie das Licht der Welt erblickt. Dann dachte ich an meine Freunde. Der eine ist Klempner und fährt die ganze Woche im Auto draußen herum, lebt auf Kosten der Firma und kann den größten Teil seines Gehalts für sich selbst verwenden. Ich gönne es ihm von Herzen. An jenem Tage aber war doch ein bißchen Reiz vorhanden. Der andere ist Klempner. Auch arbeitslos. Bezieht Fürsorge. Doch geht es auch ihm ohne Zweifel besser als mir. Er hat Verwandte hier. Hat nicht die Ausgaben für Wäsche usw.

Ich kam mir damals recht bemitleidenswert vor. Ich dachte noch an Kollegen und Bekannte, was sich die alles leisten können, und mir ist das alles verjagt, weil ich nicht die Mittel habe. Ich muß jeden Pfennig erst umdrehen und überlegen, ob ich ihn auch ausgeben darf, oder ob ich nicht lieber das lasse und jenes nehme. Eine ungeheure Bitterkeit erfüllte mich und ich sagte mir: Wenn ich wüßte, daß ich ewig so dahingegitteren muß, dann würde ich lieber gleich Selbstmord machen. Und wie als Antwort sah ich die Aufforderung: Nimm dir das Leben, den Nachsatz dazu: „und sei vergnügt“, der in ganz kleiner Schrift gehalten war, habe ich zuerst gar nicht gelesen. Ein Plakat an einem Zeitungstisch, das in dieser Weise für eine Zeitschrift warb. Diese Worte prägen sich mir so ein und liegen sich nicht wieder verjagen. Immer wieder sah ich das Plakat vor mir. Ich konnte tun, was ich wollte. Ich wurde die Aufforderung nicht wieder los. Ich zwang mich, an anderes zu denken. Es gelang auch vorübergehend, aber sobald ich nachließ, sah ich wieder diese vier Worte.

Schließlich fing ich an, über die verschiedenen Arten des Selbstmordes nachzudenken. Welches wohl der schnellste und sicherste Tod sei. Ich dachte an verschiedene Selbstmörder, von denen ich zwei persönlich kannte. Einer hatte sich vor einigen Jahren wegen schlechter Schulzeugnisse erhängt. Er war gleichaltrig mit mir. Der andere ging an eine Eisenbahnbrücke, ergriff mit beiden Händen die Starkstromleitung und brachte sich auf diese Weise elektrisch um (wegen eines Mädels). Das Erinnern an diese Leute hatte mir aber geholfen. Ich dachte an die Gründe, die die mir Bekannten in den Tod trieb, und kam zu dem Schluß, daß diese Menschen doch feige gewesen sind. Es gehört wohl auch zum Selbstmord Mut. Aber ein Leben weiterzuführen, von dem man sich auch nicht viel mehr erhofft, dazu gehört vielleicht noch mehr Mut. Und nun gerade nicht, dachte ich mir. Ich trante meine Hoffnungen und Wünsche an das Leben aus der Verfertigung heroor, und bald nachher war ich von den düsteren Gedanken endgültig befreit. Schließlich laschte ich über die Vorstellungen, die mir ein Werbeplakat eingegeben hatte. Später überlegte ich mir dann, daß dieses Plakat den heutigen Zeiten entsprechend sehr unpassend sei und daß es Leuten, die es in ähnlicher Verfassung wie ich gelesen haben, gefährlich werden kann. Eine humoristische Wirkung kann es jedenfalls nur auf Menschen ausüben, die zufrieden und satt sind, denen es gut geht und die keine nennenswerten Sorgen haben. Mit diesem Ergebnis war die Sache für mich erledigt. Ich habe wohl manchmal noch trübe Stimmungen, aber so schlimm wie an jenem Tage war es noch nicht wieder und soll es auch nicht gleich wieder werden.

Das waren ungefähr die Empfindungen, die ich damals hatte. Ich versichere, daß ich den Boden der Wahrheit nicht verlassen habe.

Sonnabend, den 30. Mai, und Sonntag, den 31. Mai finden im Neuköllner Stadion die

Auslosungskämpfe

der Arbeitersportler für die Olympiade in Wien statt. Beginn der Spiele am Sonnabend 18 Uhr, am Sonntagvormittag 10 Uhr. Um 15 Uhr großer Einmarsch der Berliner und auswärtigen Arbeitersportler. — Anschließend finden die Endkämpfe statt. — Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, die Veranstaltung durch regen Besuch zu unterstützen.

Schiedene Erklärungen des Herrn preussischen Ministers des Innern der wahre Sachverhalt dargelegt wurde, wird in Zukunft gegen jeden Verbreiter der verleumderischen Behauptungen unnochsiglich durch Stellung von Strafanträgen vorgegangen werden.

Preisräffel.

Maßnahmen gegen betrügerische Firmen.

Seit einiger Zeit veranstalten wieder Firmen sogenannte Preisräffelauschreiben.

Die Firmen treten aus durchsichtigen Gründen nicht unter ihrem richtigen, sondern unter einem Decknamen auf. Die sogenannten Preisräffel sind kindlich leicht. Die pompöse Anpreisung, daß jeder Käufer auch Gewinner eines Preises sei, reizt natürlich sehr an. Als Preise werden Photoapparate, Radios und alles mögliche andere versprochen. Die Lösungen gehen natürlich in riesigen Mengen bei der Firma ein. Jeder erhält darauf eine Zusage, in der er aufgefordert wird, für „Verandspesen“ einen bestimmten Betrag, z. B. 1,75 Mark, einzulösen. Tut er das, so wird ihm in einem zweiten Schreiben eröffnet, daß er noch einmal für unbedingt erforderliche Zubehöreteile 15 bis 20 Mark schicken müsse, widrigenfalls kein Anspruch auf den Gewinn erlischt. Wenn auch die zweite Forderung erfüllt wird, so erhält der Gewinner nach geraumer Zeit endlich einen Apparat zugestellt, den er für ein Drittel seiner Aufwendungen in jedem realen Geschäft hätte kaufen können. Die meisten Leute aber können nicht noch 15 oder 20 Mark daranwenden und verzichten. Die Firma denkt natürlich nicht daran, die erstgekauften Spesen zurückzuerstatten.

Die zahllosen Anzeigen, die nicht nur aus Berlin, sondern aus allen Provinzen und selbst aus dem Auslande bei der Kriminalpolizei eingingen, haben jetzt ein Eingreifen veranlaßt. Die Bücher von drei Firmen sind beschlagnahmt und von einem vereidigten Buchprüfer durchgesehen worden. Es ist recht interessant, aus den Zahlen zu erkennen, was bei derartigen Manövern verdient wird. Der eine Unternehmer hat in einem Jahre einen Umsatz von 133 000 Mark erzielt. Davon will er 47 000 Mark in bar und teils in Apparaten an die Käufer gegeben haben. Das würde immer noch einen Uberschuß von netto 86 000 Mark ergeben. Eine zweite Firma dieser Art hat von November 1930 bis jetzt 42 000 Mark Umsatz gebucht. Davon sollen wieder 6 000 Mark abgeführt sein, so daß ein Reingewinn von 36 000 Mark verbleibt. Alle drei Geschäftsleute konnten dank der Eingänge auf größten Fuße leben. Sie zahlten die vorausgelagten „Spesen“ natürlich nur an solche Leute zurück, die persönlich vortreten konnten und sehr dringlich wurden. Wie weit verweigert der „Betrieb“ aber gewesen sein muß, geht daraus hervor, daß Anzeigen aus der Schweiz, der Tschechoslowakei, aus Oesterreich, ja selbst aus Palästina und Ägypten eingegangen sind. Tausende von Betrogenen haben sich gemeldet, und aus diesem Grunde ist mehreren Firmen die Handelserlaubnis entzogen worden. Im Anfang des nächsten Monats ist eine Gerichtsverhandlung in Raabitz anberaumt, in der die strittigen Fragen geklärt werden sollen. Es wird aber auch höchste Zeit, und

man muß die Langmut der Behörden bewundern, die das dreifache Treiben mit ansehen, ohne rechtzeitig im Interesse der Konsumenten einzugreifen.

Raubüberfall auf einen Geldbriefträger und auf einen Kassenboten.

Königsberg, 29. Mai.

Ein dreifacher Raubüberfall wurde am Freitag vormittag, gegen 10 Uhr, auf einen Geldbriefträger verübt. Der Postbeamte befand sich auf seinem Bestelgang vor dem Elisabeth-Krankenhaus. Plötzlich kamen zwei Männer auf einem Motorrad angefahren. Als sie den Geldbriefträger erreicht hatten, durchschnitten einer der Männer dem Beamten blickschnell den Tragenriemen seiner Geldtasche. Dieser konnte aber die Tasche, in der sich 9000 Mark befanden, festhalten, so daß der Raub mißlang. Die Täter ergriffen scheinunglos die Flucht.

Falkenstein (Vogtland), 29. Mai.

Im benachbarten Grünbach wurde heute vormittag der Kassenbote einer hiesigen Bank von einem Unbekannten überfallen und beraubt. Der Räuber warf dem Kassenboten, als dieser den Postomnibus verlassen hatte, blickschnell Pfeffer ins Gesicht und entriß ihm die Aktentasche, in der sich etwa 9000 Mark befanden. Es gelang dem Räuber, mit seiner Beute zu entkommen.

Kampf zwischen Einbrechern und Beamten.

Ein schwerer Kampf zwischen einem Einbrecher und Kriminalbeamten spielte sich Freitagabend in der Jorndorfer Straße 28 ab. Kriminalbeamte der Dienststelle B III hatten beobachtet, daß ein 23 Jahre alter Otto Klischewski in der Jorndorfer Straße 28 bei seiner Braut Unterschulpaß gefunden hatte. Als sie ihn Freitagabend festnehmen wollten, überraschten sie ihn in der Wohnung, wie er auf dem Ruhebett lag und schlief. Sie nahmen ihm sofort eine geladene Pistole ab. Während der eine Kriminalbeamte auf die Straße zurückging, um nach einem Komplizen des K. Umschau zu halten, stürzte sich plötzlich Klischewski auf den allein zurückgebliebenen Beamten, ergriff eine Kristallvase und schlug sie dem Beamten unter das Kinn. Trotzdem der Beamte zunächst betäubt war, gelang es ihm doch, die Oberhand zu gewinnen. Dabei wurde Klischewski mit dem Kopf gegen einen Schrank geschleudert. Er war besinnungslos, denn er hätte, wie sich später im Krankenhaus ergab, eine Gehirnerschütterung von dem Sturze davongetragen. Inzwischen hatten die anderen Beamten auf der Straße auch den Komplizen des K. festgenommen. Klischewski wurde in das Staatskrankenhaus gebracht. Sein Komplize ist festgenommen und auf das Polizeipräsidium gebracht worden.

Zigeuner schießt Arbeiter nieder.

Im Verlaufe eines Streites, der sich auf einem Grundstück in der Bentekestraße in Reinickendorf-Ost abspielte, wurde der 38jährige Arbeiter Artur Braun von dem 25jährigen Zigeuner Hans Strauß in Reinickendorf von dem 25jährigen Zigeuner Hans Strauß, der in der Müllerstraße wohnt, durch zwei Schüsse aus einem Trommelrevolver lebensgefährlich verletzt. Die Kugeln drangen Braun in den Unterleib. Er fand im Reinickendorfer Krankenhaus Aufnahme, wo er sehr bedenklich darniederliegt. Der Täter wurde festgenommen.

Bfarrer Meier spricht am kommenden Sonntag, dem 31. Mai, abends 6 Uhr, in der Trinitatiskirche Charlottenburg, Kari-August-Platz, im Rahmen einer religiösen Felerkundung über das Thema: Menschen des Geistes.

Heute nachmittag um 4 Uhr spricht der bekannte Radioforscher Dr. Eugen Kesper im Berliner Rundfunk über das gegenwärtig außerordentlich aktuelle Thema: „Vom Rundfunkempfang mit Batterieradio“. In seinem Vortrag wird er die großen Fortschritte, die auf diesem Gebiete in der letzten Zeit gemacht wurden, ausführlich behandeln.

Rudolf Herre: Leipziger Bilderbogen

Leipzig, der Ort des diesjährigen Parteitag, wird im allgemeinen nicht zu den Städten Deutschlands gerechnet, in denen man gern begraben sein möchte. Es zeichnet sich weder durch berühmte Kunst-Sammlungen aus, wie etwa Dresden oder München, noch durch ehrwürdige Baudenkmäler, wie beispielsweise Nürnberg oder Lübeck, noch durch seine Lage an einem breiten, sonstige Mängel verdeckenden Strom wie Breslau oder Köln. Auch hinsichtlich des internationalen weltstädtischen Trubels steht es — abgesehen von den Messzeiten — hinter Berlin oder Hamburg zurück; und die Umgebung hat meist bloß für den nennenswerten Reize, der „mangelnde Masse“ sowie nicht über sie hinaus kann. Das Gros der trotzdem recht zahlreichen Fremden kommt infolgedessen vor allem zu Handelszwecken und zu Kongressen her — oder aber, weil es eben nicht anders vom Osten nach dem Westen und vom Norden nach dem Süden zu gelangen vermag.

Strassenbahn.

Verläßt man den Bahnhof durch eine der zwei großen Empfangshallen, so gelangt man auf den breiten Vorplatz mit vielgestaltiger Strassenbahnhaltestelle; nach dem Volksbause fahren die Wagen der Linie 10 und 11 ganz drüben auf dem jenseitigen Gleise. Die Leipziger Strassenbahn zeichnet sich in auffälliger Weise durch eine ans Fabelhafte grenzende Mannigfaltigkeit ihres „Fuhrparkes“ aus: geschlossene und offene, lange und kurze, hohe und niedrige Wagen, Wagen mit den Zugängen in der Mitte oder an den zwei Schmalseiten, mit doppelten oder einfachen Türen, mit Federpolster, Stoffüberzug oder gar nichts auf den Sigen, mit langen oder quergestellten zweipoligen Bänken, mit oder ohne Stationsanzeiger, wechselnd in bunter Reihenfolge. Dagegen ist die Tüte, mit der ein Zug zehn Minuten auf sich warten läßt, gerade wenn man es am eiligsten hat, eine Eigentümlichkeit aller Trambahnen der Welt — beziehungsweise ihrer Benutzer.

Stadtbefestigung.

Hat man sich einem Wagen der Linie 10 oder 11 anvertraut, um zum Volksbause zu fahren und somit fünfundsiebzig deutsche Reichspennige los zu werden, so kann man nicht umhin, zu bemerken, daß die Fahrt an hübschen Promenadenanlagen hingehet; links von der Goethestraße schimmert sogar ein länglicher Teich durch das Grün. Es ist die gärtnerisch in sehr netter Weise umgestaltete einstige Stadtbefestigung, und das bemeldete Gewässer stellt den noch nicht zerstörbaren Rest des früheren Wallgrabens dar. Binnen einer kurzen Stunde läßt sich in diesem Parkstreifen die ganze City umwandern und damit eine Uebersicht über die natürliche Lage und Ausdehnung des alten Leipzigs gewinnen. Es wurde im zehnten Jahrhundert neben einer sorbischen Siedlung namens Lipz als Stützpunkt für die weiter ostwärts drängenden deutschstämmigen Kolonisten angelegt nach dem üblichen Schema jener Zeit: auf dem rechten Marktplatz mündeten die vier Hauptstraßen, während zahlreiche enge Gassen sie miteinander verbanden oder parallel zu ihnen das Stadtgelände durchzogen. Der heutige Umfang wurde von vornherein festgelegt und auch bald befestigt, aber erst allmählich wirklich ausgefüllt. Noch in der napoleonischen Zeit standen am Neumarkt und am Brühl, dem jetzigen Mittelpunkt des deutschen Rauchwarenhandels, allerlei Gehöfte und Gärten.

Augustusplatz.

Kommt man nach diesem historischen Abstecher wieder zu sich, so hat die Straßenbahn einen inzwischen bereits zum Augustusplatz geschleppt, der dem Baudeiler zufolge einer der „größten und schönsten“ Plätze Deutschlands ist: das mit der Größe dürfte wohl stimmen und über den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. An der Nordseite erhebt sich das neue Theater mit der städtischen Oper, ihm gegenüber die Gemäldegalerie; am Westrande fallen hauptsächlich

das schmale Hochhaus der Kroschbank, die Kirche zu St. Pauli und das Hauptgebäude der Universität auf, im Osten die Hauptpost sowie das zehnstöckige Europahaus mit seinem Restaurations-Dachgarten. Auf dem Plage finden gewöhnlich die großen Demonstrationen der Leipziger Arbeiterschaft statt; während des Kapp-Putsch spielten sich hier besonders erbitterte Maschinenkämpfe und Raufkämpfe ab.

Das Volksbause.

Am Königsplatz biegen wir in die breite Zeißer Straße ein, in der sich das Volksbause erhebt, das demnächst das Reichsparlament der deutschen Sozialdemokratie beherbergen wird. Beim Kapp-Putsch durch die bekanntlich staatsreue, republikanische Reichsmehrheit fast bis auf die Grundmauern niedergebrannt, wurde es in den folgenden Jahren größer und moderner als zuvor wieder aufgebaut; trotz der Inflationsnöte verzichtete die Arbeiterschaft damals auf einen Teil ihres wöchentlichen Lohnes, um die Finanzierung ihres Heimes sicherzustellen. Neben einem riesigen Restaurationsbetrieb mit eigener Fleischerei und Bäckerei, mit Weinstuben, Café und Hotel sind im Volksbause fast sämtliche Gewerkschaftsbüros untergebracht, ferner zahlreiche Säle und Beratungszimmer. Räume für die verschiedenen Kulturorganisationen, die sozialistischen Studenten, die Bibliothek, die Partei und anderes mehr.

Es ist sicher richtig, daß, wie kürzlich ein Wigblatt treffend bemerkte, die Bewegung in der demokratischen Partei vorwiegend aus Sektionen bestehe; aber auch der tüchtigste Funktionär kann nicht vom Sigen allein leben! Er verbringe also die Tage seines Leipziger Aufenthaltes nicht ausschließlich im Tagungslokal, sondern sehe sich auch etwas in der Stadt um. In viertelstündigem Marsch kann man beispielsweise die großartige Schule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes erreichen. Bequem mit der Straßenbahn zu erschaffen ist ferner ein Besuch des prächtigen, von dem bekannten Hamburger Architekten Fritz Höger entworfenen Verwaltungsgebäude und Hauptlagers des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz, des größten und modernsten Geschäftshauses Mitteldeutschlands; und die Verlagsbauten der Volkszeitung sind nur wenige Minuten vom Hauptbahnhof entfernt. Lohnend ist auch ein Gang nach der Deutschen Bäckerei mit ihren herrlichen Piesalen, in der das ganze seit dem 1. Januar 1913 erschienene deutschsprachige Schrifttum gesammelt wird; in ihrer Nähe liegen zahlreiche gewaltige Gebäudekomplexe: die Grobmarkthalle mit zwei Riesen-Betonstützen und eigenem Bahnhof, die Tierärztliche Hochschule, die Universitätsfrauenklinik, das städtische Kinderkrankenhaus und das Gelände der Technischen Messe mit mehr als zwanzig der größten Hallen der Welt. Darunter ragt eine wohlgeordnete, etwa neunzig Meter hohe Ansammlung von Steinen empor, die sich bei näherem Hinschauen als das Völkerschlachtdenkmal entpuppt; es hört im Volksmunde auf den Namen „Rietenspyramide“, da sein Bau durch eine Lotterie finanziert wurde, die den Leuten durch ihre unzähligen Kull-Scheine unangenehm im Gedächtnis blieb.

Industrie.

Die Industrie, hauptsächlich Maschinenbau und Textilfabrikation, liegt vorwiegend in den westlichen Bezirken, während der Verlagsbuchhandel im inneren Osten vorherrscht und die Rauchwarenbranche den Brühl in der Altstadt okkupiert. Der Schiffverkehr beschränkt sich auf den Betrieb etlicher hundert Bannern, Grünländer und Ausleger; die substantielle Grundlage der bekannten Sage vom Südfügel des Mittelland-Kanals kann man in Plagwitz mehr beschneiffeln als betrachten, da das trübe Wasser ganz anverwehlich zum heißen Sommerdimmel hinaufstinkt. Die Eingeborenen sind im allgemeinen völlig friedlich und kultivieren einen gemeinen, aber herzlichen Ton; berühmt sind sie durch ihre höchst eigenartige Behandlung der deutschen Sprache, worüber Hans Reimann himelstürmische Aufklärung gibt.

Harald Kreuzberg:

Ich tanzte durch einen Kontinent

Als Pionier deutscher Kunst in Amerika

Der Tänzer, der als Pionier des neuen Tanzes Amerika besucht, steht immer vor einer schweren Aufgabe. Eine solche Tournee ist alles andere, nur kein reines Vergnügen. Sie stellt physisch eine außerordentliche Leistung dar, denn es ist keine Kleinigkeit, innerhalb weniger Monate eine Strecke von 25000 Meilen per Bahn zurückzulegen und dabei noch 70 Tanzabende zu geben. Wenn auch die amerikanischen Reiseverhältnisse besser sind als die europäischen und der ganze Betrieb schon darauf eingestellt ist, daß man tagslang nur im Zuge lebt, so geht diese ununterbrochene Herze doch stark auf die Nerven. Dabei muß naturgemäß der ganze Plan der Tournee von Anfang an fix und fertig vorliegen und muß auf die Minute eingehalten werden, sonst können tolle Verwirrungen entstehen, die meistenteils nicht nur Zeit, sondern auch Geld kosten. Wenn man dann am Abend in irgendeiner Stadt gelangt hat und zum Zuge gehen muß, um über Nacht das nächste Ziel zu erreichen, so ist das sicher auch keine Annehmlichkeit. Allerdings entschädigten uns die großen Erfolge, die wir auf der Tournee ernten konnten, reichlich für unsere Mühen, aber deshalb bleibt es doch eine Strapaze.

Die Amerikaner sind ein überaus dankbares Publikum, und es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich die Aufnahme, die man uns in allen Städten bereitere, einfach als „phantastisch“ bezeichne. Der Amerikaner mag lächeln erscheinen, aber wenn er für eine neue Sache einmal gewonnen ist, kann er auch lichterloh brennen und ist begeisterungsfähig wie der temperamentvollste Romane. Und wir kamen ja mit einer neuen Kunstgattung, die ihm noch nicht zur Alltäglichkeit geworden ist.

In Amerika dürfen wir natürlich nicht die gleichen Voraussetzungen an das Publikum stellen, die wir hier zu stellen gewohnt sind, denn der neue Tanz würde den Amerikanern bis jetzt nur vereinzelt von einigen unserer prominenten Tänzer und Tänzerinnen gezeigt, zu denen in letzter Zeit auch Mary Wigman gehörte. Die Amerikaner kennen den Step, sie kennen auch die mehr oder minder akrobatischen Tänze, wie wir sie in Varietés sehen, sie stehen noch durchaus im Banne des metrischen Rhythmus. Unser moderner Kunsttanz aber mit seinem freien Rhythmus, der nicht den Inhalt und den Geist in ein starres Schema preßt, sondern die Form erwachsen läßt aus dem inneren Leben des Kunstwertes, der sich den wechselnden Erscheinungen anpaßt und dadurch eine flüssigere, abwechslungsreichere Gestalt erhält, der ist dem Amerikaner noch etwas Neues. Man fühlt, wenn man auf der Bühne steht, ganz deutlich, ob ein Publikum vorhanden ist, das sich schon in diese modernen Ideen eingelebt hat oder nicht. Denn das Geheimnis des modernen Tanzes beruht darin, daß der Zuschauer versteht, alles Körperliche, Erdgebundene aus dem Geiste auszuschalten und die abstrakten Formen des modernen Tanzes begreift, der nicht irgendein Geschehen darzustellen versucht, sondern seinen Kunstwert in dem Spiel der Linien findet. Es liegt hier ein neuer Kunstwert vor, der auch

ein neues Begriffsvermögen in ästhetischer Beziehung voraussetzt. Es charakterisiert den Wert des Tänzers, wie stark er dem Publikum diesen feinen Willen suggestiv aufzuswingen und einzusprüngen vermag. Diese Richtung ist aber dem Amerikaner noch etwas Neues, Ungewohntes, denn er ist in der Hauptfrage noch an das alte Ballett und die Revue gewöhnt, die allerdings drüben in ganz vorzüglicher Weise wiedergegeben werden.

Um so angenehmer war ich deshalb überrascht, daß die Amerikaner begeistert mitgingen. Sowohl meine Partnerin Dorothea Georgi wie auch ich selbst wurden enthusiastisch gefeiert. Nach dem Publikum zu urteilen, waren unsere Abende fast durchweg gesellschaftliche Ereignisse. Die gleiche Erfahrung hat auch Mary Wigman während ihrer Tournee drüben gemacht. Auch sie wurde von den Amerikanern auf Händen getragen.

Das eigentümliche war nur, daß die Vollblutamerikaner sich interessierter zeigten als die Deutschamerikaner. Als die Argentina vor kurzem in Amerika ihr Können zeigte, gab es fast keinen Spanier im ganzen Lande, der nicht einen ihrer Tanzabende besucht hätte. Die Deutschen drüben verhielten sich uns gegenüber wesentlich spröder. Wir hatten in manchen Städten, z. B. in Milwaukee, einen großen Prozentsatz deutscher Besucher, in Cincinnati dagegen, wo doch fast ebensoviel Deutsche wohnen, fast nur Amerikaner als Publikum. Man merkt auch drüben auf der Tournee die Auswirkung der Wirtschaftskrise, vor allem in den mittleren und kleineren Städten. Während wir in den Großstädten fast durchweg einen hundertprozentigen Besuch hatten, kam er in den kleineren und mittleren oft kaum über 75 Prozent hinaus, was bei unserer Tournee im Vorjahre nirgends vorkam. Trotzdem kann ich ruhig sagen, daß wir in Deutschland nicht immer ein so begeisterungsfrohes Publikum gefunden haben, wie es drüben zu uns kam. Auch das hat natürlich seinen tieferen Grund. Amerika ist ein Land mit einer viel jüngeren Kultur als Europa. Der Amerikaner, der sich dessen wohl bewußt ist, greift gierig nach allen neuen künstlerischen Offenbarungen, die aus der alten Welt herüberkommen. Genau so wie sie die besten Sänger, die besten Dirigenten zu sich herüberziehen suchen, begrüßen sie auch die Künstler des neuen Tanzes enthusiastisch. Meine Partnerin, Dorothea Georgi, die bekanntlich eine der talentvollsten Wigman-Schülerinnen ist und die heute für mein Kunstschaffen die idealste Ergänzung bildet, riß in ihren solistischen Leistungen wie auch bei unserer gemeinsamen Arbeit die Amerikaner zu einer reiflichen Begeisterung hin. Ihre ausgezeichnete trainierter Körper, die Klarheit ihres Formwissens, ihre Jugendfrische und ihre poetischen, konturenreichen Visionen salzinieren, weil diese neue Kunst alles scheinbar leicht, fast spielend zu geben scheint und die Intuition des Augenblicks immer ein neues Kunstwerk schafft. Die Begeisterung der Amerikaner spornete uns naturgemäß zur Entfaltung un-

feres ganzen Könnens an. Wir fühlten uns als Pioniere deutscher Kunst!

Wir haben uns in New York auch den berühmtesten amerikanischen Stepptänzer El Robinson angesehen, von dem die Amerikaner so begeistert sind. Obgleich man seine Leistungen fast mit Genial bezeichnen kann, ein Vergleich mit dem deutschen Kunsttanz ist unmöglich, weil diese Darbietungen auf einer ganz anderen Ebene liegen. Um so mehr hat es uns gefreut, daß die Amerikaner auch unseren Schaffen Gerechtigkeit widerfahren ließen, und wir sind fest entschlossen, den Vertrag, den man uns für eine mehrmalige Wiederholung unseres Gastspiels angeboten hat, anzunehmen und im nächsten Jahre wieder quer durch den amerikanischen Kontinent zu tanzen.

Erna Büsing: Berlin W

Einst sah sie gute Zeiten, diese Wohnung in Berlin W. Es standen kostbare Möbel in den Räumen und jedes Möbelstück hatte eine Tradition. Ja, die Menschen betrachteten diese Möbel mit einer gewissen Ehrfurcht. Träger von Namen hatten diesen Stuhl zum Lieblingsplatz erkoren oder an jenem aufklappbaren Sekretär irgend- eine Schriftstück von Bedeutung verstaubt. Den Möbeln schädete ihr Alter nichts, im Gegenteil, es steigerte ihren Wert. Eine Eigentümlichkeit, um die Menschen Möbel unbedingt beneiden können.

Doch Krieg und Inflation änderten nicht nur das Leben der Menschen, sie änderten auch das Leben dieser Möbel. Die Bewohner von ehemals verliehen die Wohnung, begruben schleunigst die Ehrfurcht vor ihren alten Möbeln, betrachteten sie als eine gute Möglichkeit zum Schachern, verkauften sie, liehen sie sich nach regulärem Wert in Dollars bezahlen und fuhren mit dem Gelde in die Schweiz.

Darauf durchstobten Kaffees und ihr Anhang die Wohnung. Man feierte Feste und schonte dabei die Möbel nicht. Man begoß sie mit teuren Getränken, man mühte doch die Selbstproben lustig und möglichst laut bei offenem Fenster knallen lassen, um die Nachbarschaft zu ärgern und um den eigenen Kredit zu steigern. Schächerer räkelten sich in den Möbeln zu wichtiger Beratung. Alle diese Leute dachten, sie seien Kaufleute, weil sie, dank ein paar lumpigen Dollars in der Hosentasche, fragen konnten: „Was kostet Berlin?“ Sie erramten ein Theater, nicht weil sie etwas vom Theaterbetrieb verstanden oder weil sie Kulturaufgaben lösen wollten, sondern weil die Kapelle seiner Säulen mit Kupfer belegt waren und Kupfer stand hoch im Kurs. Diese Kaufleute traten die Möbel mit Füßen, sie hofften nämlich dadurch zu beweisen, daß sie von Haus aus an Eleganz gewöhnt seien. Die ganze Wohnung war das typische Bild für Berlin W., hier hatten sich die Parasiten festgesetzt, um mühelos, mit der Kaufkraft fremder Papiergeldbänken, Deutschland auszusaugen.

Deutschland kam zur stabilen Währung und es war heulen und Zähneklappen in der Wohnung in Berlin W. Die großen Kaufleute von ehemals waren in furchtbarem Haß. Sie verankten nicht mehr in den Möbeln, sie sehten sich nur noch auf den Rand; denn die Herren waren immer auf dem Sprung, befürchteten unliebsame Bekanntschaften mit Staatsanwälten und anderen beruflich hochstehenden Persönlichkeiten und verschwanden schließlich nach mehreren eilig geführten Ferngesprächen bei dunkler Regenacht aus Berlin.

Dann stand die Wohnung leer und nun werden von ihr Zimmer obermietet. Die Wohnungsinhaberin ist noch ein Lieberleibsel der Inflation. Sie bekam die Wohnung samt Möbel als Abfindung.

Madame kümmert sich weder um die Wohnung noch um die Mieter. Madame lebt nur ihrem Fleische, das heißt, sie geht schon nachmittags tanzen und kehrt beim Morgengrauen in ihre rechtmögliche Behausung zurück. Die Möbel verkommen, ihr Holz ist nicht gepflegt, ihre Lieberzüge sind zerfressen, sie sehen in der Tat nach geweltem aus. Madame nimmt keine Rücksicht auf sie und läßt sich schwer in den Sessel fallen, der am Fenster steht, wenn sie in der Morgenröthe dem Chauffeur den Rest des Fahrgeldes, den sie sich schleunigst von einem Untermieter borgte, aus dem Fenster wirft.

Beide Untermieter sind ihr verpflichtet. Der eine ist ein ausländischer Journalist, ein alter, müder Mann, der selbsthaste Bilder aus dem Berliner Nachtleben schreibt. Dieserhalb braucht er, was ganz seiner Meinung entspricht, nicht aus dem Haus zu gehen; denn er verdient, in des Wortes vollinhaltlicher Bedeutung, sein Geld durch Madomes schlaflose Nächte. Sie erzählt nämlich von ihren Erlebnissen. Sie weiß, wo man Kots schnupft, wo man dem Glücksspiel frönt und wo sich die Bogen amüsieren, ohne daß ihre Managere es jemals erfahren. Sie kommt alle Waffere der großen Sportkanonen und weiß daher immer, wo eine Sonne im Aufgehen begriffen ist. Sie plaudert, sie vertut freigeig die ausnahmsreichsten Anregungen. Und er schreibt und bleibt darin in dieser, von Madame nie ausgeräumt werdenden Wohnung. Was kümmert es ihn! Ein Journalist weiß sich zu helfen. Er bezahlt nicht nur die Zimmermiete, er bezahlt auch die Aufwartefrau, die jeden Tag kommt, treu und umsichtig nach dem Rechten sieht und Madame den Kaffee ans Bett trägt.

Und der andere Mieter? Nun, er ist ein Ingenieur. Er hat mal in der Wüste gearbeitet und er hat in Kulturländern in Begenden gelegen, die noch oder sind, als die Sandwüsten es je sein können. Aus Verzweiflung hat er sich damals der Kochkunst gewidmet. Nun hat er einen unheilbaren Schwarm für die Küche davongetragen, und da er in dieser Wohnung frei schalten kann, versteht er, was die Verpflegung anbelangt, das ganze Hauswesen. Er hat wenig Zeit, jedoch er ist ein Mann und zudem noch auf Technik eingeschworen. Instinktiv versucht er Zeit zu sparen. So kommt er von selbst auf immer neue Erfindungen, und da er sich vor dem Patentamt und anderen Behörden nicht fürchtet, werden sie auch angemeldet. Er verdient mit allen seinen Erfindungen. Man droht ihm, der Gegenwartsmode gemäß, immer mit dem Abbau, aber er fürchtet ihn nicht mehr, weil der erfundene Tomatenschneider und der Pflasterapparat sowie die neue Vorrichtung, die den Bügelsack eine lange Lebensdauer verleiht, sehr gut gehen und bald reiflos ihren Mann ernähren.

So flutet und ebht wieder neues Leben über die alten Möbel hinweg; denn diese Wohnung ist in all den sich ändernden Zeiten stets so etwas Ähnliches wie ein Symbol von Berlin W.

Die ersten Vegetarier wurden verbrannt. Fast allgemein gilt der Engländer J. Rawton, der im Jahre 1811 ein Buch über den Nutzen der Pflanzkost herausgab, als der erste Apostel des Vegetarismus. Die Anfänge der vegetarischen Lebensweise reichen jedoch noch weiter zurück. Im Jahre 1682 bildete sich nämlich in Moskau eine Sekte, deren Anhänger sich Philippiner nannten, und bei denen alles Fleisch wie überhaupt alle von Tieren stammenden Nahrungsmittel ebenso streng verpönt waren wie geistige Getränke. Die Leute lebten also nur von Grünkost und besanden sich zunächst auch wohl dabei. Bald aber erfuhr die hohe Obrigkeit von ihrer Vorliebe für die Pflanzkost und die Folge davon war der Befehl, die vegetarische Lebensweise sofort aufzugeben. Wer sich dem Befehl widersetzte, wurde, wie ein zeitgenössischer Bericht meldet, „verbrannt, geviertheilt und gefressen“.

Benanntlich für Politik: Dr. Curt Geuer; Wirtschaft: G. Klingelhäger; Gewerkschaftswesen: A. Stricker; Revolution: Dr. John Schimanski; Polizei und Gendarmen: Fritz Rothardt; Anwaltschaft: Th. Glöck; Familie in Berlin: Bertha Bonarria-Berlow G. u. H. S. Berlin; Frau: Bonarria-Budorff und Verlagsgesellschaft Paul Scharf u. Co., Berlin SW 64, Lindenstraße 2, Georg 2 Verlag und „Jugend-Terminals“.

Enttäuschende Europakonferenz.

Beschlüsse und Programme. — Wann folgt die Tat?

Die Genfer Tagung des Europakomitees hat völlig im Schatten der Zollunionsdebatte gestanden. Infolge des großen Raumes, den die Erörterungen über den Zollunionsplan einnahmen, und der gespannten Atmosphäre war es nicht möglich, daß andere für die europäische Wirtschaft wichtige Fragen die notwendige Behandlung finden konnten. Das Briand'sche Gegenprojekt, das unmittelbar vor der Tagung bekanntgegeben wurde, enthält als Kernstück

die Förderung auf Schaffung internationaler Industriezertelle

unter staatlicher Einflußnahme. Dieses Projekt ist aber viel zu sehr auf lange Sicht abgestellt, als daß es bei den dringenden Rufen der meisten von der Krise betroffenen europäischen Länder auf aktuelles Interesse stoßen könnte.

Man hat sich in dieser Situation in Genf wieder einmal damit beholfen, ein umfangreiches Arbeitsprogramm aufzustellen, wobei anerkannt werden muß, daß man durch Ansetzung neuer Konferenzen bereits auf Anfang Juni den Fortgang der Beratung so stark wie möglich beschleunigen will. Als sofortiges positives Ergebnis ist nur die Gründung der Internationalen Agrarkreditbank zu erwähnen, deren Statuten von allen vertretenen Mitgliedsstaaten genehmigt und verabschiedet wurden. Die einzelnen Länder werden bis zum 15. August d. J. auch formell den Beitritt vollziehen. Die anderen dringlichen Fragen, die Erfüllung der Forderung der südeuropäischen Länder auf Vorzugsbehandlung ihrer Getreideexporte, die internationale Aktion zum Zollabbau, die Frage des internationalen Kapitalausgleichs und der Kredithilfe für die kapitalbedürftigen Länder sowie das Arbeitslosenproblem sind nur gestreift worden.

Eine Kommission soll jetzt gemeinsam praktische Wege zur Erleichterung internationaler Anleihen

suchen, wobei diese Bemühungen durch ein aktiveres Eingreifen des Völkerbundes Unterstützung finden sollen. Die Gründung dieser Kommission und die Erörterung der Fragen der Anleihebeschaffung in Genf sind im „Daily Herald“ so kommentiert worden, daß beabsichtigt sei, zunächst mit Hilfe dieses Komitees eine große Anleihe für Deutschland zu beschaffen. In diesem Zusammenhang ist dann jüngst von dem Organ der englischen Arbeiterpartei von einer Anleihe von 2 Milliarden Mark für Deutschland gesprochen worden, die von England, Frankreich und Italien organisiert werden soll. Wenn es uns auch notwendig erscheint, angesichts der großen Schwierigkeiten, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen der Beschaffung größerer Auslandsanleihen für Deutschland entgegenstehen, erst nähere Einzelheiten hierüber abzuwarten, so ist doch zu hoffen, daß die Aussprache in Genf und der Druck, der auf Frankreich von anderer Seite ausgeübt wird,

die französische Regierung zu einer stärkeren Aktivität in der Kapitalpolitik

veranlassen wird. In dem Briand'schen Gegenplan hieß es übrigens, „daß die französische Regierung alles daransetzen will, um den internationalen Kapitalausgleich zu verbessern“. Es wäre für die gesamte europäische Wirtschaft, insbesondere aber für kapitalbedürftige Länder wie Deutschland, von entscheidender Bedeutung, wenn der

französische Kapitalmarkt endlich auch für produktive Investitionen im Ausland im größeren Umfang nutzbar gemacht werden könnte. Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß das in Genf eingesetzte Komitee in enger Fühlungnahme mit dem Kapitalmarkt sich praktisch um den Kapitalausgleich und um Anleihevermittlung bemühen will, so würde dieses Komitee eine für die Befundung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse bedeutende Funktion ausüben.

In der Frage des Zollabbaus ist erneut

der Zollfriedenspakt

aufs Tapet gekommen. Von Italien ging die Anregung aus, den Zollwaffenstillstand, der im März infolge englischer Widerstände nicht verabschiedet werden konnte, doch noch in Kraft zu setzen. Das Europakomitee hat diese Anregung aufgenommen und zu diesem Zwecke die baldige Einberufung einer Konferenz sowie beschleunigte Durchführung der von England eingeleiteten Verhandlungen über Zollermäßigungen empfohlen. In der Frage der Vorzugszölle haben einige Länder, vor allem England und die nordischen Staaten, die allerstärksten Bedenken geäußert. Man ist schließlich übereingekommen, daß Getreidevorzugszölle nur unter ganz besonderen Umständen und nur als zeitlich beschränkte Ausnahmemaßnahmen gewährt werden sollen. Die Ausgestaltung der Vorzugszölle im einzelnen wird in einem internationalen Ausschuss erfolgen, der sich das größere Ziel gesetzt hat, Mittel zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder und der besseren Organisation ihrer Produktion und Austausch zu untersuchen. Eine besondere Ueberraschung brachte wie gewöhnlich der russische Vertreter, der diesmal

ein bolschewistisches Friedensangebot

überbrachte, indem er einen wirtschaftlichen Nichtangriffspakt vorschlug. Diese Forderung Witwinows ist wohl einer Reihe von Motiven entsprungen. Zunächst dient sie dem inneren Propagandabedürfnis der Sowjets. Ein derartiger Nichtangriffspakt soll aber vor allem wohl ein Weiterumfingreifen der Abwehrmaßnahmen gegen das russische Dumping verhindern. Welches auch immer die Motive für diesen Vorschlag sein mögen, grundsätzlich wäre es auf das stärkste zu begrüßen, wenn es gelingen sollte, durch ein internationales Abkommen

den aggressiven wirtschaftlichen Imperialismus einzudämmen

und offensichtliche wirtschaftliche Kampfhandlungen unmöglich zu machen. Auf Anregung von Curtius wird der sowjetrussische Vorschlag eines amerikanischen Nichtangriffspaktes auf die Tagesordnung der nächsten Zusammenkunft des Europakomitees gesetzt werden.

Man hat sich also in Genf erneut ein großes Programm gestellt. Freilich haben die Mißerfolge, die bisher nach all den zahlreichen internationalen Wirtschaftskonferenzen offenbar wurden, die Erwartungen der europäischen Welt schwächer gemacht. Gerade jetzt aber in der größten europäischen Wirtschaftsnot können die internationalen wirtschaftlichen Organisationen diesen Prestigeverlust wieder wettmachen, wenn sie sich endlich zu wirksamen gemeinsamen wirtschaftlichen Aktionen aufraffen und damit die Ueberwindung der schweren europäischen Wirtschaftskrise erleichtern würden.

Oesterreichische Krisenindustrie.

Millionenverluste der Berndorfer Metallwaren Krupp.

Eines der österreichischen Industrieunternehmen, die zu dem Wiener Bankrott wesentlich beigetragen haben, die Berndorfer Metallwarenfabrik A.-G. Arthur Krupp A.-G., legt die Bilanz für den 30. Juni 1930 vor.

Das Bilanzbild ist überaus schlecht. Es wird ein Verlust von 3,4 Millionen Schilling (ein Schilling gleich 0,59 M.) ausgewiesen, so daß sich der Gesamtverlust auf 4 Millionen Schilling erhöht. Dieser Verlust ist eingetreten, obwohl vor zwei Jahren sehr starke Abschreibungen (etwa 16 Millionen Schilling) vorgenommen wurden, nachdem noch vor einem Jahre neues Kapital der Gesellschaft zugeführt wurde. Es scheint so, als könnte die Verwaltung sich nicht zu dem Entschluß durchringen, endlich einen gründlichen Kapitalschnitt vorzunehmen und so eine gründliche Bereinigung herbeizuführen. Der Verlust wird allerdings getilgt — durch Auflösung einer Reserve von etwa einer Million Schilling und durch Einziehung von 3 Millionen Aktien (Gesamtkapital 18 Mill.), die von Großaktionären zur Verfügung gestellt werden (zu den Großaktionären gehört auch die Friedrich Krupp A.-G., Essen).

Aber die überaus starke Anspannung der Bilanz bleibt bestehen. Die Vorräte sind trotz des starken Preisrückganges (Kupfer) noch gestiegen, von 22,65 auf 24,2 Millionen Schilling. Sie sind um mehr als 50 Proz. höher als die Forderungen, die von 20,29 auf 15,8 Millionen zurückgingen. Bieweil davon unsicher sind, ist nicht bekannt; Abschreibungen darauf sind nicht erfolgt. Andererseits sind die Schulden noch weiter gestiegen, von 29,9 auf 34,5 Millionen, so daß sie mit der Schweizer Anleihe (9,7 Millionen) insgesamt sich auf 44,2 Millionen Schilling belaufen. Nach erfolgter Einziehung der 3 Millionen Aktien werden also die Schulden das Dreifache des Aktientapitals erreicht haben! Banttschulden sind in Höhe von 27,8 Millionen darunter; diese dürften so ziemlich ganz festgestoren sein und einen Teil der Verluste der Kreditanstalt darstellen. Vermutlich wird hier eine „Bereinigung“ (die mehr oder minder auf eine Streichung hinauslaufen wird) stattfinden, wenn die Sanierung bei der Creditanstalt durchgeführt ist.

Im Geschäftsbericht wird gegen die Preispolitik des Kupferkartells polemisiert. Zur Preispolitik des österreichischen Kartells für Metallhalbfabrikate wird gesagt, daß man die Preise nicht

in die Höhe treiben darf, damit nicht Oesterreich zu einer Preisinsel in der Weltwirtschaft werde und damit die Exportfähigkeit der österreichischen Wirtschaft erhalten bleibe. Vielleicht erinnert sich der Großaktionär Krupp solcher Grundbühne, wenn die deutsche Eisenpreisfrage wieder einmal zur Debatte steht!

Elektroindustrie und Kupferpreise.

Der Rückgang der Kupferpreise innerhalb eines Jahres um mehr als 50 Prozent bedeutet für die kupferverbrauchenden Industrien eine erhebliche Senkung der Produktionskosten. Unter diesen Industrien steht an weitaus erster Stelle die Elektroindustrie. Nach einer amerikanischen Statistik ist der Kupferverbrauch von 1929 bis 1930 von 1,05 auf 0,87 Millionen Tonnen zurückgegangen. Von der Verbrauchszahl des Jahres 1930 entfielen 432 000 Tonnen, das heißt rund die Hälfte des ganzen Verbrauchs, für elektrizitätswirtschaftliche Zwecke, 203 000 Tonnen für elektrische Maschinen und Geräte, 111 000 für Fernsprech- und Telegraphenzwecke und 118 000 Tonnen für Licht- und Kraftübertragung. Die Automobilindustrie, die früher unter den Kupferverbrauchern den zweiten Platz eingenommen hat, ist jetzt infolge der Krise im Automobilbau an die dritte Stelle gerückt. Ihr Kupferverbrauch ist von 125 000 auf 79 000 Tonnen zusammengeschrumpft.

Für Deutschland gibt es zwar keine ähnlichen Erhebungen, doch ist aus früheren privaten Rechnungen bekannt, daß auch hier die Elektroindustrie rund die Hälfte des ganzen deutschen Kupferverbrauchs aufnimmt.

Besserung in der Papierindustrie.

Auf der Generalversammlung des Feldmühle-Konzerns, des führenden Unternehmens in der deutschen Druckpapierindustrie, führte der leitende Direktor der Gesellschaft aus, daß der Beschäftigungsgrad für einen großen Teil der Betriebsabteilungen sich in letzter Zeit erheblich gebessert habe. Nach den weiteren Ausführungen des Vorsitzenden läßt sich ersehen, daß der Feldmühle-Konzern weitere erhebliche Rationalisierungsgewinne aus der Konzentration der Betriebe und der Zusammenlegung der Verwaltungen (Feldmühle-Reisholz-Königsberger Koblolit) erzielt hat. In welchem Umfang der Abbau

zinsenfressender Lagerorräte im laufenden Jahr durchgeführt werden konnte, bemerkt die Tatsache, daß es der Gesellschaft gelungen ist, durch Lagerabbau ihre Schulden um 7 Millionen zu verringern.

Auch für 1931 wird die Feldmühle offensichtlich an ihren hohen Dividenden festhalten können, denn in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres wurden über die Abschreibungen hinaus Gewinne erzielt, die von der Verwaltung selbst im Hinblick auf die allgemeine Lage als „nicht unbefriedigend“ bezeichnet werden.

Krise und Export.

Die Schwierigkeiten für Deutschlands Fertigwarenausfuhr.

Das Institut für Konjunkturforschung untersucht in seinem letzten Wochenbericht die Einflüsse der Wirtschaftskrise auf die wichtigsten Posten des deutschen Außenhandels. Die Einfuhr von Rohstoffen, die einen guten Maßstab für den Beschäftigungsgrad der deutschen verarbeitenden Industrie abgibt, hat sich, wie das Institut feststellt, in den letzten Monaten nicht mehr abwärts bewegt, soweit es die Rohstoffe für Verbrauchsgüterindustrien anging. Dagegen ist der Rohstoffimport für die Produktionsgüter-Industrien auch in den letzten Monaten noch weiter gesunken.

Allgemein war die Rohstoffzufuhr von Oktober 1930 bis März 1931 ununterbrochen abwärts gerichtet. Allerdings spielt bei dem vermähigen Rückgang der Einfuhr, der seit Oktober etwa 33 Proz. beträgt, der Preisrückgang auf den Weltrohstoffmärkten eine entscheidende Rolle. Aber auch nach Ausschaltung dieser Preisveränderungen bleibt immer noch ein beträchtlicher Rückgang der mengenmäßigen Rohstoffzufuhr bestehen, was die Beschäftigungslage der verarbeitenden Industrie in Deutschland charakterisiert. Obwohl im ganzen saisonmäßig noch ein Rückgang zu erwarten gewesen wäre, hat im vergangenen Monat die Rohstoffzufuhr erstmalig wieder zugenommen. Jedoch kann man aus dieser Zunahme in diesem Monat noch keineswegs auf einen allgemeinen Umschwung der deutschen Rohstoffzufuhr schließen.

Am einzelnen sind die Textilrohstoffe an dieser Steigerung im wesentlichen beteiligt. Diese dürfte im Zusammenhang mit der Hebung des Beschäftigungsgrades in der Textilindustrie seit dem Monat Februar stehen. Hinzu kam, daß die verstärkte Nachfrage in der Textilindustrie auf geräumte Rohstofflager stieß. Eine leichte Steigerung läßt sich gleichfalls bei der Einfuhr von Metallen, insbesondere von Kupfer, feststellen.

Sehr unerfreulich ist, daß der wichtigste Aktiopostrat in der deutschen Handelsbilanz die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, die sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres noch auf einem verhältnismäßig hohen Stand behaupten konnte, um die Jahreswende stark gesunken ist. Dieser weit über das saisonübliche Maß hinausgehende Rückgang hat sich allerdings in den letzten Monaten nicht mehr fortgesetzt, im Gegenteil ist die Ausfuhr in den ersten drei Monaten dieses Jahres stärker gestiegen, als unter den gegebenen Saisoninflüssen zu erwarten war.

Nachhaltig beeinflusst wurde Deutschlands Export von Fertigfabrikaten durch das weitere Umsichgreifen der Wirtschaftskrise in Europa. So ging von Oktober bis März Deutschlands Export an Fertigfabrikaten nach Uebersee nur um 7 Proz. nach europäischen Ländern dagegen um fast 22 Proz. zurück. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß schon seit Anfang 1930 die Aufnahmefähigkeit der überseeischen Länder stark gedrosselt war.

Diese Entwicklung in Europa ist für Deutschlands Außenhandel um so bedenklicher, als von deutschen Fertigfabrikaten mehr als 75 Proz. nach europäischen Märkten gehen. Zugleich läßt die überlegende Bedeutung Europas für den deutschen Fertigwareneport aber die großen Gefahren erkennen, die für Deutschlands wichtigsten Ausfuhrposten aus einer falschen und einseitigen Handelspolitik erwachsen.

Zwangssyndikat für den Ruhrbergbau.

Am 30. Juni läuft das provisorisch verlängerte Syndikat für den Ruhrbergbau ab. Der bisherige Syndikatsvertrag war bereits am 31. März 1930 abgelaufen, ohne daß sich die Ruhrwerke in der am heftigsten umkämpften Umlagefrage einig werden konnten. So wurde der Vertrag mehrfach von der Regierung kurzfristig verlängert. Die Umlage stellt eine Sonderbelastung der Mitglieder des Syndikats dar, mit denen die Verlustexporte finanziert werden. Der Streit geht nun darum, daß die Selbstverbraucher, das sind die gemischten Betriebe, die große Kohlenmengen für ihre Hochöfen und Stahlwerke verbrauchen, eine stärkere Entlastung von der Umlage forderten, als ihnen zugestanden wurde. Unter diesen Hüttenwerken, die jetzt ihre Zustimmung zu der festgesetzten Umlage verweigern, gehören führende Unternehmen wie Krupp, Gute Hoffnungshütte und der Klöckner-Konzern. Da die Regierung bei der gegenwärtigen Krise im Bergbau unmöglich das Risiko einer syndikatslosen Zeit auf sich nehmen wird, ist bestimmt mit ihrem Eingreifen zu rechnen.

Keine Siedlungskreditperre für Pommern!

Eine kleine Anfrage im Preussischen Landtag über einen Erlass des Landwirtschaftsministers wird amlich beantwortet wie folgt: Das Siedlungsprogramm 1931 für Pommern sieht die Schaffung von 2700 Stellen mit 20 000 Morgen Land vor. Weitere Kredite für neue Siedlungsverfahren, die noch in diesem Jahre durchgeführt werden sollen, können normalerweise nicht mehr bereitgestellt werden. Doch will man versuchen, Osthilfsmittel für Einzelfälle vorgriffweise flüssig zu machen. Die Ankaufe von Land für das Siedlungsprogramm 1932 werden in jeder Weise gefördert.

8 Prozent Waggondividende. Die Sonderkonjunktur der Waggonindustrie prägt sich auch bei den kleineren Unternehmen dieses Industriezweiges aus. So hat der Aufsichtsrat der Waggonfabrik Josef Rathgeber A.-G. in München beschlossen, für das Geschäftsjahr 1930/31 die gleiche Dividende wie im Vorjahr in Höhe von 8 Prozent auszus zahlen.

Dauerhaftigkeit: DUNLOP

Das Fazit einer Politik.

Wie sie gemacht wurde und nicht wieder gemacht werden darf.

Das Interview des Reichsarbeitsministers, das wir in unserer gestrigen Morgenausgabe veröffentlicht haben, ist in mehrfacher Beziehung aufschlußreich. Der Reichsarbeitsminister gibt einestheils einen Rückblick auf die Entwicklung der Löhne in Deutschland seit dem Jahre 1929 und in Verbindung damit einen Ausblick auf die geplante „Reform“ der Sozialversicherung. Wir wollen seine Ausführungen einer näheren Prüfung unterziehen. Beginnen wir mit der Lohnpolitik:

Nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsministers rechnete die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung im Jahre 1929 auf je 1 Proz. des Beitrages mit einer Jahreseinnahme von 288 Millionen. Diese Einnahme hat sich gesenkt im Jahre 1930 auf 251 Millionen und wird im Jahre 1931 mit 213 Millionen geschätzt. Auf Grund dieser tatsächlichen Einnahmen und der Schätzung für 1931 (vorgenommen auf Grund der ersten vier Monate des Jahres) stellt der Reichsarbeitsminister fest, daß die gegen Arbeitslosigkeit Versicherten im Jahre 1931

um 7½ Milliarden Mark jährlich weniger an Löhnen und Gehältern

beziehen als im Jahre 1929. Diese Zahlen müssen noch ergänzt werden, da die Beiträge nicht auf Grund der tatsächlichen Löhne und Gehälter, sondern der sogenannten Grundlöhne gezahlt werden. Das Minus an vereinnahmten Löhnen und Gehältern muß also nach oben abgerundet werden. Wir dürften kaum übertrieben, wenn wir dieses Minus um 1 Milliarde erhöhen und mit rund 8½ Milliarden Mark schätzen. Wo sind diese 8½ Milliarden geblieben?

Sie sind von den Unternehmern gefordert oder durch Senkung der überlariarischen Löhne und Leistungszulagen einbehalten worden, um den sogenannten „Selbstkostensfaktor“ zu senken und die angebliche „Kapitalbildung“ zu fördern. Damit sollte die Wirtschaft „angekurbelt“ werden. Nun sind ja nicht die gesamten 8½ Milliarden durch Lohnsenkungen „erspart“ worden. Der Reichsarbeitsminister berechnet das Minus, das

zwei Millionen Arbeitslose, die es im Jahre 1931 mehr gibt

als im Jahre 1929, erlitten haben, mit 3½ Milliarden Mark, das der Kurzarbeiter mit 1 Milliarde. Es bleiben danach „nur“ 3 Milliarden, die durch direkte Lohnsenkung erspart worden sind. Wir haben schon gesagt, daß wir diese Rechnung des Reichsarbeitsministers für zu optimistisch halten. Wir beziehen uns dabei sowohl auf die Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung wie auch auf Berechnungen der freien Gewerkschaften. Aber selbst wenn man statt etwa 4-5 Milliarden die direkte Lohnsenkung auf 3 Milliarden berechnet, wie es der Reichsarbeitsminister tut, dann ist festzustellen, daß diese „Senkung der Selbstkosten“ und diese „Förderung der Kapitalbildung“ nicht zu einer Ankurbelung der Wirtschaft geführt haben, sondern daß die Folge war die Vermehrung der Arbeitslosen um 2 Millionen Menschen, ungernechnet die Vermehrung der Kurzarbeiter. Die weitere Folge dieses Anstieges der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit ist

der Verkauf der Produktionsanlagen und das ungeheure Defizit der öffentlichen Finanzen sowie der Sozialversicherung.

Aber dessen Beseitigung man sich jetzt vergebens die Köpfe zerbricht. Wird heute jemand aufstehen und zu behaupten wagen, daß damit der Selbstkostensfaktor sich gesenkt hat?

Ist es eine Senkung der Selbstkosten, wenn die „Ersparung“ an Löhnen und Gehältern eine ganz abnorme Erhöhung der Sozialbeiträge, eine Erhöhung der Steuern und eine immer mehr zu-

ammenschrumpfende Ausnutzung der Produktionsanlagen zur Folge hat?

Ist es eine Förderung der Kapitalbildung, wenn das Kapital, das in die Produktion hineingesteckt wird, immer weniger zu tun bekommt, die Zinsenlast aber sich nicht vermindert, sondern infolge der dadurch erzeugten Verflechtung auf dem Kapitalmarkt die Tendenz hat, sich zu erhöhen?

Die Kapitalbildung, wie sie die Unternehmer verlangen, ist

in Wirklichkeit eine Kapitalverflechtung

und ähnelt sehr stark dem Sturz in die Schwärze während der Inflation, Schwärze, die dann zum großen Teil alles Eisen wurden. Denn die Kapitalbildung durch Sparkapital, die allein zu einer Verbilligung des Zinsfußes führen kann, wird gerade durch diese angebliche Kapitalbildung verhindert oder gehemmt.

Wir wollen es dahingestellt sein lassen, wie groß der Anteil der Schlichtungsinstanzen bei der direkten Lohnsenkung ist. Sicher ist er größer, als der Reichsarbeitsminister zugeben will. Aber darauf kommt es nicht an. Die Tendenz der Schiedsprüche der Schlichtungsinstanz ging dahin, die Lohnsenkung zu fördern, so daß bei Senkung des Tariflohnes automatisch auch die Senkung der überlariarischen Löhne erfolgte. Es ist eine durch die Gewalt der Tatsachen erzwungene, allerdings späte Erkenntnis, wenn der Reichsarbeitsminister zum Schluß erklärt, daß eine zweite Lohnsenkungswelle durch die staatlichen Schlichtungsinstanzen in nächster Zeit nicht mehr durchgeführt werden könne. Aber diese Erkenntnis reicht nicht aus. Die Tatsachen müßten auch den Reichsarbeitsminister darüber belehren,

daß es gerade die Lohnsenkung gewesen ist, die unsere Wirtschaft und unsere öffentlichen Finanzen in die katastrophale Situation von heute gebracht hat.

Daraus ergibt sich, daß die Umkehr zur Erhöhung der Löhne unbedingt notwendig ist.

Zur sogenannten Reform der Sozialversicherung meinte der Reichsarbeitsminister, daß diese schon deshalb kommen müsse, weil infolge der durch die Lohnsenkung vermehrten Arbeitslosigkeit ein Minderaufkommen von 1 Milliarde bis 1½ Milliarden in der Sozialversicherung eingetreten sei. Die Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung richte sich aber in der Hauptsache gegen die Existenz der Beschäftigten, und außerdem vermehre sie die Arbeitslosigkeit.

Leider hat der Reichsarbeitsminister nicht hinzugefügt, wieso eine Erhöhung der Sozialbeiträge zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit führt. Die Erhöhung der Sozialbeiträge — verteilt auf Unternehmer und Arbeiter — hat zur Folge

eine andere Verteilung des Produktionsertrages

zugunsten der durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invaldität, Unfall usw. Einkommenslosen. Da die Unterstügten wohl oder übel gezwungen sind, die gesamten Unterstügungen zum Unterhalt ihres Lebens auszugeben, kehren diese Summen wieder voll in die Wirtschaft zurück, statt etwa durch Erweiterung unproduktiver Produktionsanlagen oder Militärausgaben der Wirtschaft entzogen zu werden. Gerade diese Ausgaben erschließen oft neue Beschäftigungsmöglichkeiten.

Nun sind die Unterstügungsfähige, die Parteigenossen und sonstigen Bedingungen in der Sozialversicherung heute derart, daß sie unmöglich noch weiter verschlechtert werden können, ohne eine schwere Gefahr für die Gesellschaft selbst zu werden. Hier kann und hier darf nicht noch mehr gespart werden!

Kommissionsarbeit in Genf.

Die Unternehmer machen Schwierigkeiten.

Genf, 29. Mai.

Auf der internationalen Arbeitskonferenz wurden heute vormittag die technischen Vorbereitungen für die Abwicklung des Programms fortgesetzt. Die Vollversammlung beschloß die Einsetzung von fünf Ausschüssen. Bei der Festsetzung der Zahl der Mitglieder der Kohlenkommission entspann sich eine kleine Geschäftsordnungsdebatte. Der deutsche Unternehmervertreter beantragte, den vorjährigen Ausschuß, in dem nur europäische Staaten vertreten waren, zu erweitern, damit die Möglichkeit bestehe, jetzt auch die Ueberseestaaten mit Bergbauinteressen heranzuziehen. Die europäischen Unternehmer vertreten nämlich die Auffassung, daß die Konferenz eine Univerfälligung anstreben müsse, und daß es nicht ihre Aufgabe sei, eine Konvention, die sich auf Europa beschränkte, zu beschließen. Es war recht bemerkenswert, daß der Vorschlag des deutschen Unternehmervertreeters die Zustimmung der überfesslichen Vertreter nicht fand. Die Unternehmervertreter Südafrikas und Japans erklärten nämlich, daß sie an der Frage nicht interessiert seien und nicht den Wunsch hätten, in der Kohlenkommission vertreten zu sein. Die Konferenz beschloß, es bei der ursprünglich vorgesehenen Zahl von 48 Mitgliedern der Kohlenkommission zu belassen.

Die Kommission für die Regelung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken (Kohlenkommission) hat heute nachmittag den früheren deutschen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Berichterstatter des Ausschusses ist der englische Regierungsvertreter Shinwell.

Kann da noch gespart werden?

Wie ein Arbeitsloser „bilanziert“.

Ein Parteigenosse, der seit 1½ Jahren arbeitslos ist, schreibt uns:

Ich erhalte eine monatliche Unterstügung von 85 Mark. Meine Familie besteht aus vier Personen, davon zwei Kinder im Alter von 2½ und 4½ Jahren, beide krank. Das 4½jährige Kind wiegt 24 Pfund, das andere habe ich soeben aus dem Krankenhaus geholt. Das Kind ist dermaßen geschwächt, daß es wie ein Säugling behandelt werden muß.

Was soll ich nun machen? Die paar Groschen Unterstügung reichen nicht hin und her. Ich bin jung verheiratet und habe daher auch Schulden, die ich natürlich nicht weiter zahlen konnte. Die Geburt der Blaubiger ist zu Ende, der Gerichtsvollzieher besucht mich alle Tage, der Hauswirt will die Räumungsforderung einreichen. Es ist zum Verzweifeln. Wann wird der Not ein Ende bereitet?

Mein Einkommen beträgt 85 Mark, die Miete 19,80 Mark, Licht, Holz, Kohlen, Gas 10 Mark, Zeitung, Beitrag 5,40 Mark, macht zusammen 35,20 Mark. Es bleiben mir zum Unterhalt für

einen Monat 50 Mark. Davon soll ich auch Bekleidung, Schuhreparaturen und Waschmittel für 4 Personen kaufen.

Man hört immer sehr viel auf die Erwerbslosen schimpfen, man könne lange schlafen, den ganzen Tag bummeln und sich von der lieben Sonne beschneien lassen. Nun, ich bin gern bereit zu tauschen. Lange schlafen tut man nur, um das erste und das zweite Frühstück zu sparen. Wenn ich frühmorgens den „Vorwärts“ lese, wie es alle Tage schlimmer wird, und es noch Bananenfisch gibt, die das zerstören wollen, was die Sozialdemokratie geschaffen hat, dann brauche ich vor Mut vormittags nichts mehr zu essen. Aber Kopf hoch! Hinein in die Sozialdemokratische Partei, denn nur sie kämpft für das Wohl der Arbeiterschaft.

Freiheit pommerischer Landjunker.

Der Pommerische Landbund sabotiert Schiedsprüche.

Im Kreise Grimmen wurde zu Beginn dieses Jahres in der Tarifstreitfrage des Deutschen Landarbeiterverbandes gegen den Pommerischen Landbund, Kreisgruppe Grimmen, ein Schiedspruch gefällt, der den bestehenden Tarifvertrag um ein weiteres Jahr verlängert. Der Pommerische Landbund, der einen welt-

gehenden Abbau der Landarbeiterlöhne beantragt hatte, lehnte den Schiedspruch ab. Der Deutsche Landarbeiterverband nahm ihn an und beantragte die Verbindlichklärung. Dem Antrag wurde Ende Februar entsprochen.

Der Pommerische Landbund hat sich darauf mit seiner famosen Arbeitnehmergruppe zusammengesetzt und den vom Deutschen Landarbeiterverband mit Erfolg abgewehrten Lohnabbau „vereinbart“. Diese „Vereinbarung“, die ab 1. Mai gilt, sollen auch die Nichtmitglieder der Arbeitnehmergruppe, in erster Linie die des Deutschen Landarbeiterverbandes, schließen. Den Landarbeitern wird ein Revers folgenden Wortlauts zur Unterschrift vorgelegt:

„Der unterzeichnete Arbeitnehmer erklärt ausdrücklich, daß für das abzuschließende Arbeitsverhältnis die Lohn- und Arbeitsbedingungen des jeweilig im Kreise Grimmen bestehenden Land« bundtarifs Geltung haben sollen.“

Der unterzeichnete Arbeitnehmer versichert, daß er zur Zeit seiner Organisation (z. B. Deutscher Landarbeiterverband) angehört, welche einen höheren Lohn als den der Landbunttarife beansprucht. Für den Fall, daß der Arbeitnehmer einer solchen Organisation beitrete, verpflichtet er sich, dem Arbeitgeber hiervon unverzüglich Mitteilung zu machen.

Der unterzeichnete Arbeitgeber betont, daß er nur unter der Voraussetzung der Richtigkeit vorstehender Erklärungen den Arbeitnehmer einstellt, da er nach seiner wirtschaftlichen Lage keine höheren Löhne zahlen kann.“

Wie der „Vorwärts“ in Erfahrung gebracht hat, war der Revers von einem der Arbeitgebergruppe des Pommerischen Landbundes herausgegebenen Rundschreiben als Anlage beigelegt. Die Mehrzahl der Unternehmer ist dem Ersuchen des Pommerischen Landbundes nachgekommen. Es ist allen Landarbeitern gekündigt worden, die sich weigerten, den Revers zu unterschreiben.

Daß sich die Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes als Steigbügelhalter betätigt, überrascht nicht. Gelb bleibt gelb. Was sich der Pommerische Landbund im Kreise Grimmen aber erlaubt, ist ein ungeheures Vergehen gegen die Staatsautorität sowie eine Behinderung der den Landarbeitern in dem Artikel 159 der Reichsverfassung gewährleisteten Vereinigungsfreiheit. Hiergegen müssen die zuständigen Behörden sofort einschreiten. Soweit es sich um Pächter von Domänen handelt, die die Anweisungen des Pommerischen Landbundes befolgt haben, müßte das Preussische Landwirtschaftsministerium eingreifen.

Immer dieselben.

Essen, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Der Zechenverband hat „wegen der schlechten Wirtschaftslage“ den seit dem 1. Januar gültigen Gehaltstarif für die technischen und kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaues zum 30. Juni gekündigt. Zum gleichen Termin wurde bereits der Lohnstarif für die Bergarbeiter gekündigt. Die Zechenbesitzer haben nichts gelernt und nichts vergessen.

Massenauschlüsse.

Begen Abstammung und mangelnder Regierungstreue.

Moskau (über Romno), 29. Mai.

Die Säuberungsaktion der Kommunistischen Partei in den Sowjetgewerkschaften ist beendet. Die Aktion hat ein ganzes Jahr gedauert, wobei mehr als 180 000 Personen aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wurden. Die Ausgeschlossenen dürfen keine Ämter in der Sowjetregierung bekleiden. In Moskau selbst sind 20 000 Personen aus den Gewerkschaften ausgeschlossen worden, die — von bürgerlicher Abstammung und der Sowjetregierung unfreundlich gesinnt sind.

In Deutschland und anderwärts spalten die Kommunisten auf Anweisung Moskaus die Gewerkschaften, die sie, soweit sie noch Mitglieder sind, mühevoll bekämpfen müssen. Wird diesen Organisationsführern die Lür gewiesen, dann erheben sie ein großes Geschrei über „Terror“ und „Massenauschlüsse“. Daß man aber aus seiner Gewerkschaft ausgeschlossen werden kann (und in Rußland bedeutet das für einen Arbeiter ungefähr den wirtschaftlichen Tod), wegen seiner Abstammung oder weil man der Regierung „unfreundlich gesinnt“ ist, nun, so etwas ist eben nur dort möglich, wo die Kommunisten herrschen.

Noch immer Lohnsenkung!

Für die in den Milchverjorgungsbetrieben der Rheinprovinz beschäftigten Arbeitnehmer fällt die unter dem Vorfih des stellvertretenden Schlichters für das Rheinland tagende Kammer einen Schiedspruch, der die bisherigen Löhne um durchschnittlich 4 Proz. senkt.

Laval vermittelt im Textilstreif.

Ministerpräsident Laval hat am Freitag eine Abordnung von Senatoren und Kammerabgeordneten aus dem nordfranzösischen Streikgebiet zu einer längeren Aussprache empfangen. Laval versicherte, daß die Regierung alles getan und nichts unterlassen habe, um eine erfolgreiche Vermittlungsaktion durchzuführen. Die Regierung werde auch weiter auf eine möglichst rasche Beilegung des Konflikts hinwirken.

Rechnungs-Abschluß am 31. Dezember 1930.

Aktiva.		Passiva.	
AK	A	AK	A
I. Bewegliches Vermögen:		I. Laufende Verbindlichkeiten:	
Kasse	11 399 51	Akzept	494 761 74
Guthaben		Verbindlichkeiten	
1. Bankguthaben		I. Bankschulden	
a) Fremde Banken	15 903,40	a) Fremde Banken	3 043 230,74
b) Gleichbank	638 062,24	b) Gleichbank	—
2. Warenforderungen	1 142 540,66	2. Warenschulden	42 579,67
3. Versch. d. d.	9 992 633,69	3. Versch. d. d.	14 610 508,65
4. Hypothekenschulden	—	4. Hypothekenschulden	117 073,27
Wechselbestand	3 768,80		
Wertpapiere	805 253,66	II. Langfristige Verbindlichkeiten	
Hypotheken	378 333,34	Non Ferrum-Kredit	6 297 000,—
Warenbestände	1 348 709,53	Amerita-Kredite	—
Materialienbestände	1 662 584,61	amortisiert bis 1945	18 891 000,—
Inventarbestände	—		
		III. Reserve	
II. Beteiligungen	38 480 518 54	1 532 930,82	
Darunter bürdenmäßige		Übertreibung aus dem Gewinn	25 426,99
Wertpapiere	11 000 000,—	Rücklage für Feuerversicherung	250 000,—
		Übertreibung aus dem Gewinn	50 000,—
III. Anlagen	1—	Rücklage für Erneuerung und Erweiterung	8 752 972 86
		Übertreibung aus dem Gewinn	13 382,63
Bürgschaften	6 800 506,—	Gewinnvortrag für 1931	178 842 91
		Bürgschaften	6 800 506,—
	54 279 709 98		54 279 709 98

Bergwerks-Gesellschaft Georg von Gleiche's Erben.